ifo DRESDEN BERICHTET

04
2021

Juli/August
28. Jahrgang

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Zahl der Zuwanderer und religiösen Minderheiten wird systematisch überschätzt
Fabian Wagner

Weniger Zuzug nach Dresden: Rechte Proteste verschrecken junge Leute!
Enzo Brox und Tommy Krieger

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2021: Ostdeutsche Wirtschaft erholt sich
Niels Gillmann, Jannik A. Nauerth und Joachim Ragnitz

Die langfristigen Auswirkungen von Hochschulgründungen auf lokale Löhne
Clemens Fuest und Lea Immel

IM BLICKPUNKT

60 Jahre Mauerbau: Leuchtende Landschaften
Christian Leßmann

Grüne Finanzierung und grüne Staatsanleihen – Illusion und Wirklichkeit
Jan Krahnen, Jörg Rocholl und Marcel Thum

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

15 000 Kilometer Bahnstrecken weniger als vor 70 Jahren in Deutschland – Ost und West gleichermaßen betroffen

Stefanie Gäbler, Manuela Krause und Felix Rösel

ifo INSTITUT
Niederlassung Dresden

ifo Dresden berichtet
ISSN 0945-5922
28. Jahrgang (2021)
Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20
E-Mail: dresden@ifo.de
Redaktion: Joachim Ragnitz
Technische Leitung: Katrin Behm
Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro
Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten
Grafik Design: © ifo Institut München
Satz und Druck: Neue Druckhaus Dresden GmbH
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:
http://www.ifo-dresden.de

Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

ifo DRESDEN BERICHTET

04/2021

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

15 000 Kilometer Bahnstrecken weniger als vor 70 Jahren in Deutschland – Ost und West gleichermaßen betroffen 3
Stefanie Gäbler, Manuela Krause und Felix Rösel

In Deutschland wurden in den vergangenen 70 Jahren mehr als 15 000 Kilometer Bahnstrecken abgebaut. Das entspricht fast der dreifachen Länge des heutigen Streckennetzes in Nordrhein-Westfalen. Mehr als jeder vierte Streckenkilometer wurde damit seit 1955 stillgelegt – und das in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen. Die Streckenstilllegungen erfolgten jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten: im Westen vorrangig während des „Wirtschaftswunder"-Booms, im Osten in der ökonomisch schwierigen Phase nach der Wiedervereinigung. Reaktivierungen stillgelegter und noch nicht entwidmeter Strecken könnten dazu beitragen, den Bahnverkehr schneller zurück in die Fläche zu bringen.

Zahl der Zuwanderer und religiösen Minderheiten wird systematisch überschätzt 7
Fabian Wagner

Wie eine Reihe jüngerer Forschungsarbeiten zeigt, sind systematisch verzerrte Wahrnehmungen von grundlegenden Fakten in großen Teilen der Bevölkerung vorhanden. Das gilt ebenso für Themen, die seit Jahren im Zentrum der medialen sowie politischen Debatte stehen, wie bspw. die Zuwanderung. Dieser Artikel fasst eine Auswahl der bisherigen Forschungsarbeiten zusammen, die sich mit der verzerrten Wahrnehmung der Bevölkerungsanteile von religiösen Minderheiten und Zuwanderern befassen. Die bisher veröffentlichten Papiere zeigen, dass Zuwandereranteile und religiöse Minderheiten um 15% bis zu über 600% gegenüber dem tatsächlichen Bevölkerungsanteil überschätzt werden. Die Überschätzung variiert zudem nach verschiedenen sozio-demografischen Größen, wie bspw. Geschlecht und Bildungshintergrund.

Weniger Zuzug nach Dresden: Rechte Proteste verschrecken junge Leute! 12
Enzo Brox und Tommy Krieger

Wir untersuchen anhand des Beispiels Dresden, wie sich das Wanderungsverhalten von Menschen aufgrund von rechten Demonstrationen verändert. Unsere Ergebnisse verdeutlichen, dass sich der Zuzug nach Dresden seit dem Beginn der PEGIDA-Demonstrationen deutlich verringert hat. Es zeigt sich insbesondere, dass junge Deutsche aus anderen Bundesländern seitdem weniger geneigt sind, nach Dresden zu ziehen. Ein Großteil dieser jungen Menschen sind Studierende. Auch die Zahl der internationalen Studierenden in Dresden sank aufgrund rechter Demonstrationen in erheblichem Maße. Eine Ursache für diese Rückgänge ist, dass Dresden infolge der rechten Proteste einen Imageverlust erlitten hat.

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2021: Ostdeutsche Wirtschaft erholt sich 18
Niels Gillmann, Jannik Nauerth und Joachim Ragnitz

Im Jahr 2021 dürfte die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland um 2,4% wachsen; in Sachsen dürfte das Bruttoinlandsprodukt etwas stärker um 3,1% zulegen (Deutschland: 3,3%). Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen um 3,6% und 3,9% wachsen (Deutschland: 4,3%).

Die langfristigen Auswirkungen von Hochschulgründungen auf lokale Löhne 24
Clemens Fuest und Lea Immel

In diesem Beitrag untersuchen wir, ob und inwiefern Neugründungen von Hochschulen langfristig zu steigenden Löhnen in der betreffenden Region führen. Unsere Untersuchung zeigt, dass die Gründung einer Hochschule einen positiven Langzeiteffekt auf die Löhne in umliegenden Kreisen hat. Die Höhe der Lohneffekte variiert entlang der Lohnverteilung und zwischen verschiedenen Beschäftigungsgruppen. Zudem sind die regionalen Lohnsteigerungen im Wesentlichen auf die Gründung von Fachhochschulen sowie die Gründung von Hochschulen in städtischen Regionen zurückzuführen.

IM BLICKPUNKT

60 Jahre Mauerbau: Leuchtende Landschaften 29
Christian Leßmann

Satellitenbilder von 1992 und 2018 illustrieren eindrücklich, wie stark sich die Lichtemissionen und damit einhergehend die wirtschaftlichen Aktivitäten in den neuen Bundesländern zwischen 1992 und 2018 verändert haben. Auch wenn die Zugewinne an Lichtintensität nicht überall gleichermaßen sichtbar sind, so sind verschiedene Regionen in Nachtaufnahmen deutlich heller geworden.

Grüne Finanzierung und grüne Staatsanleihen – Illusion und Wirklichkeit 32
Jan Krahnen, Jörg Rocholl und Marcel Thum

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Zum Erreichen der essenziellen Begrenzung der Emissionen steigt in letzter Zeit der Druck auf den Finanzsektor, seinen Beitrag zu leisten. Der Klimawandel ist als Thema zu wichtig, um auf scheinbar einfache Lösungen zu setzen. In der Unternehmenswelt ist eine ökologisch orientierte Anlagepolitik möglich. Sie erfordert aber weitergehende Eingriffe der Investoren in die Geschäftspolitik von Unternehmen. Bei den Staatsfinanzen verbietet sich ein solcher Einfluss der Investoren aus guten demokratischen Gründen.

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen 34
Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth

AUS DEM ifo DRESDEN

ifo Veranstaltungen 37

ifo Veröffentlichungen 37

ifo Vorträge 38

ifo in den Medien 38

*Stefanie Gäbler, Manuela Krause und Felix Rösel**

15 000 Kilometer Bahnstrecken weniger als vor 70 Jahren in Deutschland– Ost und West gleichermaßen betroffen

In Deutschland wurden in den vergangenen 70 Jahren mehr als 15 000 Kilometer Bahnstrecken abgebaut. Das entspricht fast der dreifachen Länge des heutigen Streckennetzes in Nordrhein-Westfalen. Mehr als jeder vierte Streckenkilometer wurde damit seit 1955 stillgelegt – und das in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen. Die Streckenstilllegungen erfolgten jedoch zu unterschiedlichen Zeitpunkten: im Westen vorrangig während des „Wirtschaftswunder"-Booms, im Osten in der ökonomisch schwierigen Phase nach der Wiedervereinigung. Reaktivierungen stillgelegter und noch nicht entwidmeter Strecken könnten dazu beitragen, den Bahnverkehr schneller zurück in die Fläche zu bringen.

Mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, ist bereits seit vielen Jahren ein wichtiges verkehrspolitisches Ziel.[1] Neben einer Entlastung der verstopften Straßen könnte eine umfassende Verlagerung auf die Schiene auch zu CO_2-Einsparungen und damit zum Klimaschutz beitragen (Lobig et al. 2016). Dieser Beitrag weist allerdings auf ein in diesem Zusammenhang signifikantes Problem hin: das Schienennetz wurde in den letzten Jahrzehnten immer kürzer.

Wir untersuchen anhand eines neuen Datensatzes, wie sich das öffentliche Streckennetz der Eisenbahn in Deutschland in den vergangenen 100 Jahren entwickelt hat. Unsere Ergebnisse zeigen einen drastischen Rückbau der Bahninfrastruktur seit den 1950er-Jahren. Mehr als 15 000 Kilometer Strecke wurden stillgelegt oder abgebaut. Dies entspricht fast der dreifachen Länge des heutigen Streckennetzes des größten deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen bzw. der Länge des ursprünglichen Streckennetzes der DDR.

Verglichen mit 1955 sind Ost- und Westdeutschland in nahezu identischem Umfang vom Rückbau des Streckennetzes betroffen. Im Westen erfolgten die Stilllegungen jedoch vorrangig während des „Wirtschaftswunder"-Booms, im Osten in der ökonomisch schwierigen Phase nach der Wiedervereinigung. Die Erinnerungen an Streckenschließungen sind im Osten daher deutlich frischer als in vielen Teilen Westdeutschlands. Dies gilt es in der Debatte um mögliche Reaktivierungen von stillgelegten Strecken mitzudenken.

DATEN UND METHODIK

Unser Ziel ist es, die Gesamtlänge des öffentlichen Streckennetze der Eisenbahn in Deutschland in den vergangenen 100 Jahren abzubilden. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Jahrgänge der Statistischen Jahrbücher des Deutschen Reichs, der Bundesrepublik Deutschland, des Saargebiets/Saarlandes und der Deutschen Demokratischen Republik digitalisiert sowie Daten des Statistischen Bundesamtes (2020) verwendet. In den Statistischen Jahrbüchern wird die Gesamtnetzlänge angegeben, somit kann für die betrachteten Jahre die Bruttoveränderung des Gesamtnetzes durch Zu- und Abbau von Strecken betrachtet werden. In welchem Umfang Stilllegungen, Neubau und Streckenreaktivierungen zu dieser Veränderung beigetragen haben, ist jedoch nicht ersichtlich. Für eine einheitliche Datengrundlage wird das komplette Netz der Privat- und Staatsbahnen, auf Haupt- und Nebenbahnen sowie auf Normal- und Schmalspurstrecken[2] in seiner Betriebslänge[3] zugrunde gelegt. Betrachtet werden grundsätzlich nur Bahnen des öffentlichen Verkehrs, soweit diese vom Werksverkehr abgegrenzt sind. Wir betrachten nicht die Gleislänge, sondern die Länge des Streckennetzes; einen Rückbau von mehr- auf einspurige Streckenabschnitte wird daher in unseren Zahlen nicht abgebildet.

Eine große Herausforderung sind die zahlreichen territorialen Veränderungen innerhalb Deutschlands sowie seiner Außengrenzen. Mithilfe von historischen Karten aus Geoinformationssystemen wurden die Streckenlängen der historischen Regionen im jeweiligen Gebietsstand auf den heutigen Gebietsstand von Deutschland insgesamt sowie Ost- und Westdeutschland umgerechnet. Für historische Regionen, die die heutigen Grenzen Deutschlands schneiden, wurden die Strecken anteilig nach den Flächen in- und außerhalb des heutigen Gebietsstandes von West- und Ostdeutschland berechnet. Da während der deutschen Teilung die Deutsche Reichsbahn der DDR für den Eisenbahnbetrieb in Ost- und Westberlin verantwortlich war und eine Aufteilung des Berliner Streckennetzes vor 1949 und nach 1990 kaum möglich ist,[4] betrachten wir Ostdeutschland inklusive Berlin und Westdeutschland ohne Berlin.

Für den Zeitraum von 1992 bis 2003 enthält die amtliche Statistik lediglich Angaben zur Länge des Streckennetzes für Deutschland insgesamt, allerdings nicht regional untergliedert. Auf Ebene der Bundesländer liegen jedoch Statistiken zu Streckenstillegungen von bundeseigenen Strecken des Eisenbahn-Bundesamtes vor. Wir nehmen an, dass sich die Veränderungen

* Dr. Stefanie Gäbler und Dr. Manuela Krause sind wissenschaftliche Referentinnen am Deutschen Zentrum für Schienenverkehrsforschung (DZSF) beim Eisenbahn-Bundesamt. Dr. Felix Rösel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

des deutschen Streckennetzes so auf Ost- und Westdeutschland aufteilen, wie sich im selben Zeitraum die bundeseigenen Strecken in beiden Regionen durch Stilllegungen (Eisenbahn-Bundesamt 2020) verändert haben. Auf diese Weise kann die Entwicklung des ost- und westdeutschen Streckennetzes für diesen Zeitraum plausibel abgeschätzt werden.[5]

ERGEBNISSE

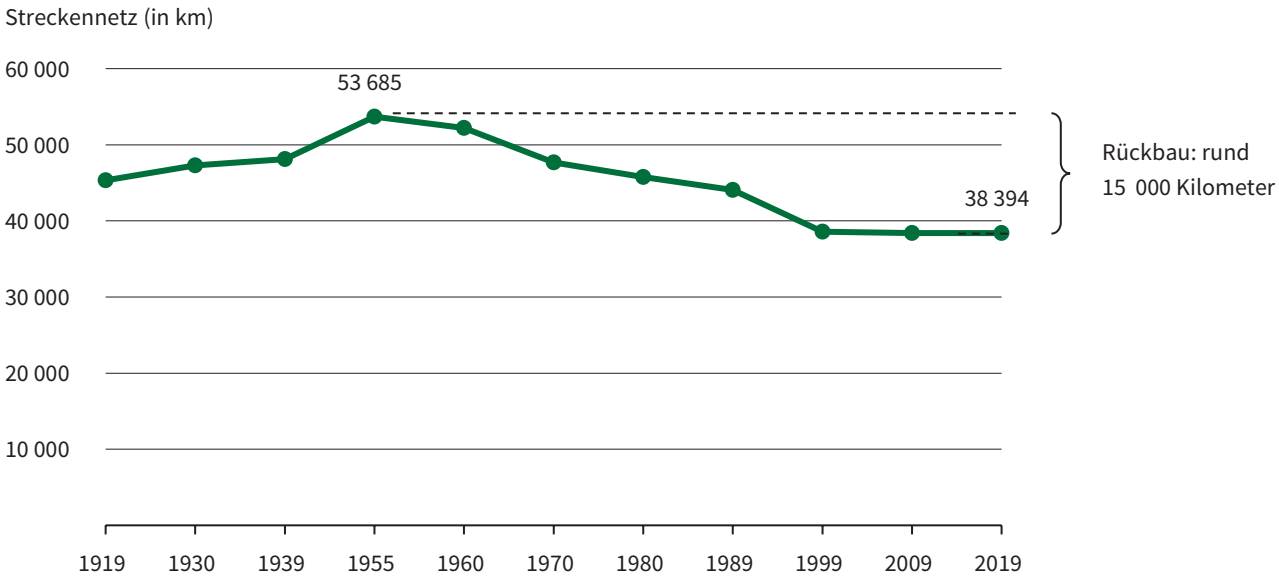
Die Ergebnisse zur Entwicklung des Streckennetzes über die vergangenen 100 Jahre in Deutschland (basierend auf dem heutigen Gebietsstand) zeigen sowohl Phasen des Auf- als auch des Rückbaus (vgl. Abb. 1). Die größte Ausdehnung des deutschen Streckennetzes wurde im Jahr 1955 mit rund 54 000 Kilometern erreicht. Während in den Jahrzehnten davor noch ein nahezu kontinuierlicher Aufbau stattfand, wurde das Streckennetz seitdem vornehmlich zurückgebaut. Im Jahr 2019 umfasste die Gesamtlänge des öffentlichen Streckennetzes der Eisenbahn in Deutschland nur noch etwas mehr als 38 000 Kilometer. Das entspricht etwa 70% des Netzes von 1955. Damit wurden in den letzten 70 Jahren mehr als 15 000 Kilometer Strecke abgebaut oder stillgelegt – ein Rückbau von mehr als jedem vierten Streckenkilometer. Seit Anfang der 2000er Jahre hat sich die Länge des Streckennetzes allerdings kaum mehr verändert, sondern stagniert in etwa auf dem gleichen Niveau von knapp unter 40 000 Kilometern. Wir betrachten hierbei ausdrücklich die Länge des Streckennetzes, die sich aufgrund mehrspuriger Strecken von der Gesamtgleislänge unterscheidet. Zur Gleislänge liegen uns keine Daten über den gesamten Beobachtungszeitraum seit 1919 vor.

Der Rückbau des Streckennetzes hat in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen stattgefunden. So wurden in beiden Teilen in den vergangenen 70 Jahren jeweils rund 28% des ursprünglichen Streckennetzes von 1955 stillgelegt bzw. zurückgebaut. Während im Osten vor und nach der Wiedervereinigung absolut gesehen ungefähr gleich viele Streckenkilometer stillgelegt wurden, fand der Rückbau im Westen vor allem zur Zeit des „Wirtschaftswunder"-Booms statt (vgl. Tab. 1). Im Zeitraum von 1955 bis 1989 wurden in Westdeutschland mehr als doppelt so viele Streckenkilometer stillgelegt wie im Zeitraum von 1989 bis 2019. Der Rückbau in ganz Deutschland entspricht in seiner absoluten Länge fast dem gesamten Streckennetz, das im Jahr 1955 noch in Ostdeutschland vorhanden war bzw. der dreifachen Länge des heutigen Streckennetzes in Nordrhein-Westfalen.

Die zeitliche Entwicklung des Rückgangs im Streckennetz in Ost- und Westdeutschland wird in Abbildung 2 ersichtlich. Wir normieren die Länge des Streckennetzes in Ost und West im Jahr 1955 auf 100%, um die Entwicklung vergleichbar zu machen. Abbildung 2 zeigt, dass zwischen 1919 und 1955 das Netz im späteren Ost- und Westdeutschland im gleichen Umfang erweitert wurde. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Teilung Deutschlands wurden viele Ost-West-Verbindungen im Streckennetz überflüssig und daher in beiden Teilen Deutschlands zurückgebaut. Allerdings fiel der Rückbau in den Jahrzehnten bis zur Wiedervereinigung in Westdeutschland zunächst deutlich umfangreicher aus als im Osten. Insbesondere in den Zeiten des „Wirtschaftswunder"-Booms ab den 1950er Jahren, die auch durch eine deutliche Zunahme des Individualverkehrs und einen Ausbau des Fernstraßennetzes gekennzeichnet waren,

Abb. 1

Öffentliches Streckennetz der Eisenbahn in Deutschland (heutiges Gebiet) in den vergangenen 100 Jahren



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Gesamtlänge des öffentlichen Streckennetzes der Eisenbahn in Kilometern für Gesamtdeutschland (heutiger Gebietsstand, ohne nach den Weltkriegen abgetretene Gebiete, aber mit Saargebiet/Saarland) in den Jahren 1919 bis 2019. Die Daten zur Netzlänge sind verschiedenen Jahrgängen der Statistischen Jahrbücher des Deutschen Reichs, der Bundesrepublik Deutschland, des Saargebiets/Saarlandes und der Deutschen Demokratischen Republik sowie aus Statistisches Bundesamt (2020) und Eisenbahn-Bundesamt (2020) entnommen und auf den heutigen Gebietsstand umgerechnet worden. Definition des Streckennetzes: Betriebslänge (1919 bis 1939, 1970 und 1980 Westdeutschland: Eigentumslänge), Schmalspur und Normalspur (1919: ohne Schmalspur in Preußen), Privat- und Staatsbahn, Haupt- und Nebenbahnen.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 1

Stilllegungen entsprechen der Länge des kompletten früheren Streckennetzes der DDR

	Streckennetz (in km)			Veränderung (in km)		
	1955	1989	2019	1955-1989	1989-2019	Insgesamt
Ost (mit West-Berlin)	16 134	14 035	11 567	-2 099	-2 468	**-4 567**
West (ohne West-Berlin)	37 551	30 015	26 827	-7 536	-3 188	**-10 724**
Deutschland (heutiger Gebietsstand)	53 685	44 050	38 394	-9 635	-5 656	**-15 291**

Hinweis: Die Tabelle zeigt die Länge des öffentlichen Streckennetzes der Eisenbahn in Kilometern für Ost- (mit Berlin), West- (ohne Berlin) und Gesamtdeutschland in den Jahren 1955, 1989 und 2019. Der hintere Teil der Tabelle gibt die Veränderung des Streckennetzes an, die letzte Spalte beschreibt die Veränderung zwischen 1955 und 2019. Die Daten zur Netzlänge sind verschiedenen Jahrgängen der Statistischen Jahrbücher des Deutschen Reichs, der Bundesrepublik Deutschland, des Saargebiets/Saarlandes und der Deutschen Demokratien Republik sowie aus Statistisches Bundesamt (2020) und Eisenbahn-Bundesamt (2020) entnommen und auf den jeweiligen Gebietsstand umgerechnet worden. Definition des Streckennetzes: Betriebslänge, Schmalspur und Normalspur, Privat- und Staatsbahn, Haupt- und Nebenbahnen.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

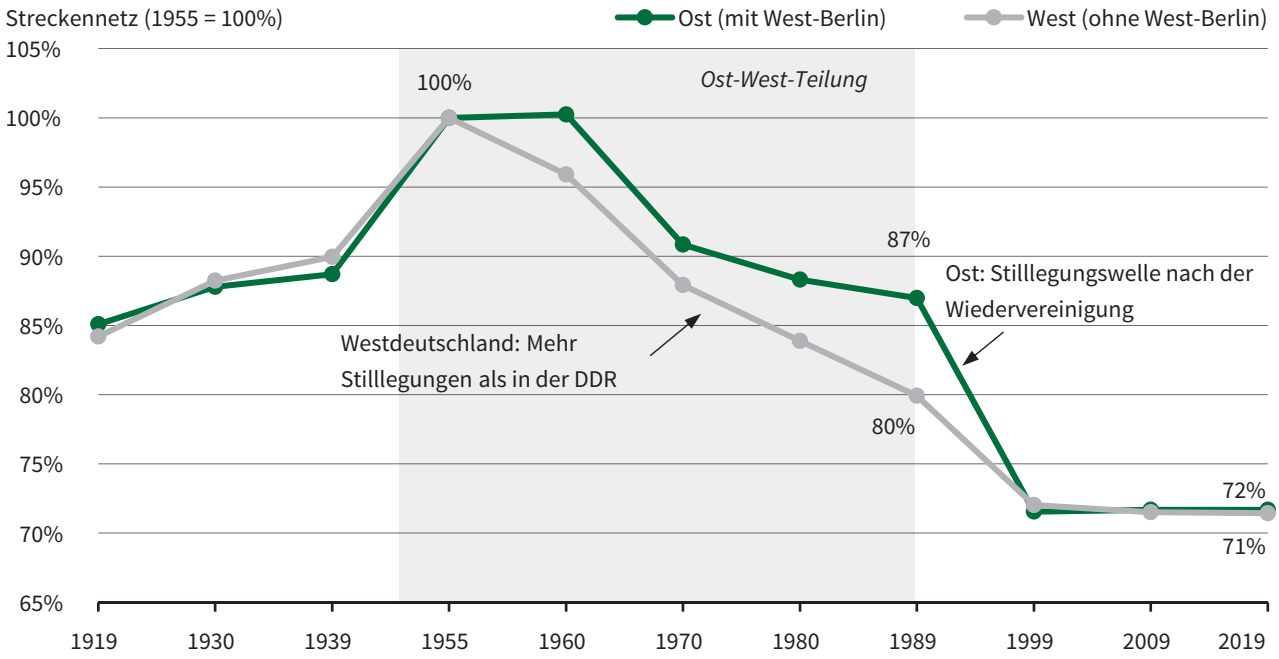
© ifo Institut

wurden zahlreiche Eisenbahnstrecken im Westen unwirtschaftlich und infolgedessen stillgelegt (Allmann 2010).

Im Osten wurden dagegen im gleichen Zeitraum deutlich weniger Streckenkilometer stillgelegt, was sich unter anderem auf die monopolartige Stellung der Deutschen Reichsbahn im Verkehrssektor der DDR (insb. beim Langstreckentransport[6]) sowie die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Privatautos zurückführen lässt. So waren zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung im Osten noch 87% des Streckennetzes von 1955 vorhanden, während es im Westen lediglich noch 80% waren. Allerdings wurden nach der Wiedervereinigung die Streckenstilllegungen im Osten schnell „nachgeholt". Bereits zehn Jahre nach der Wende entsprach das Streckennetz im Osten nur noch 72% des Netzes von 1955 (basierend auf dem heutigen Gebietsstand), fast jeder fünfte Streckenkilometer des früheren DDR-Reichsbahnnetzes wurde innerhalb kürzester Zeit stillgelegt. Dieser massive Rückbau dürfte auch dazu beigetragen haben, dass Erinnerungen an Streckenschließungen im Osten oftmals frischer sind als in vielen Teilen Westdeutschlands. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland war das Streckennetz im Jahr 1955 um mehr als ein Drittel länger als heute.

Abb. 2

DDR war zurückhaltender bei Stilllegungen als die frühere Bundesrepublik



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Gesamtlänge des öffentlichen Streckennetzes der Eisenbahn in Kilometern für Ost- (mit Berlin) und Westdeutschland (ohne Berlin) (heutiger Gebietsstand, ohne nach den Weltkriegen abgetretene Gebiete, aber mit Saargebiet/Saarland) in den Jahren 1919 bis 2019. Die Daten zur Netzlänge sind verschiedenen Jahrgängen der Statistischen Jahrbücher des Deutschen Reichs, der Bundesrepublik Deutschland, des Saargebiets/Saarlandes und der Deutschen Demokratien Republik sowie aus Statistisches Bundesamt (2020) und Eisenbahn-Bundesamt (2020) entnommen und auf den heutigen Gebietsstand umgerechnet worden. Definition des Streckennetzes: Betriebslänge (1919 bis 1939, 1970 und 1980 Westdeutschland: Eigentumslänge), Schmalspur und Normalspur (1919: ohne Schmalspur in Preußen), Privat- und Staatsbahn, Haupt- und Nebenbahnen.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Mit einem Rückbau von 15 000 Streckenkilometern ist in den vergangenen 70 Jahren mehr als jeder vierte Streckenkilometer des deutschen Eisenbahnnetzes stillgelegt worden. Gleichwohl sind die Potenziale für Streckenreaktivierungen in Deutschland nicht unerheblich, insbesondere bei noch nicht entwidmeten Strecken[7]. Zwischen 1994 und 2020 wurden in Deutschland bereits wieder über 900 Streckenkilometer im Personenverkehr und über 300 Kilometer im Güterverkehr reaktiviert (Allianz pro Schiene 2020). Dabei handelt es sich um Streckenverlängerungen und Lückenschlüsse von wenigen Kilometern bis hin zu längeren Strecken. 1999 wurde bspw. die 37 Kilometer lange, teilungsbedingt unterbrochene Strecke zwischen Wieren in Niedersachsen und Salzwedel in Sachsen-Anhalt für den Personenverkehr reaktiviert. Die 17 Kilometer lange Schönbuchbahn bei Stuttgart wurde 1996 reaktiviert und wird durch die Fahrgäste gut angenommen. Auch Europa wächst durch Reaktivierungen von grenzüberschreitenden Bahnstrecken näher zusammen. So fanden seit 1994 Streckenreaktivierungen an den deutschen Außengrenzen zu den Niederlanden, Frankreich, Dänemark und der Tschechischen Republik statt.[8] Bei zahlreichen weiteren Strecken ist derzeit eine Reaktivierung im Gespräch (siehe z. B. VDV 2020).

Streckenreaktivierungen sind mit nicht unerheblichen Kosten verbunden, dürften aber häufig schneller realisierbar sein als ein kompletter Streckenneubau. Für Reaktivierungen kommen insbesondere solche Teile des früheren Streckennetzes in Frage, die erst vor wenigen Jahren stillgelegt und noch nicht entwidmet wurden. In den 1990er Jahren wurden Bahnstrecken häufig nicht mehr komplett abgebaut und entwidmet, sondern lediglich der Bahnverkehr eingestellt. Anders als im Falle der bis zur Wiedervereinigung oft vollständig entfernten Strecken existieren hier somit noch Trassen oder sogar teilweise das Gleisbett. Voraussetzung für eine Aktivierung sind jedoch neben einer entsprechenden Nachfrage eine geeignete Einbeziehung der betroffenen Akteure und eine breite Akzeptanz, zum Beispiel auch durch Anwohnerinnen und Anwohner in der Nähe von zu reaktivierenden Strecken.

Kosten und Nutzen von Bahnstreckenreaktivierungen müssen in jedem Einzelfall sorgfältig geprüft werden. Die politischen Rahmenbedingungen für Reaktivierungen im Schienenverkehr wurden in den vergangenen Jahren bereits geschaffen. So fördert der Bund im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, das den Ländern Finanzmittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden gewährt, auch Reaktivierungen von Eisenbahnstrecken. Dabei werden mittlerweile bis zu 90% der Baukosten für diese Vorhaben übernommen. Daneben haben auch einzelne Bundesländer Maßnahmen zur Reaktivierung von Bahnstrecken ergriffen und stellen ebenfalls finanzielle Mittel bereit, um insbesondere auch ländliche Räume wieder besser an den Schienenverkehr anzubinden (z. B. die „Landes-Offensive zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken“ in Baden-Württemberg). Eine weitere Beschleunigung im Planungsprozess von Reaktivierungsvorhaben könnte zusätzlich dazu beitragen, die im früheren Streckennetz schlummernden Potenziale zu heben.

LITERATUR

Allmann, G.-D. (2010), Eisenbahnen in Deutschland. EI-Eisenbahningenieur 12/2010, DVV Media Group GmbH, Hamburg.

Allianz pro Schiene (Hrsg.) (2020), Reaktivierte Eisenbahnstrecken 1994 bis 2020, 07/2020, Download unter https://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2020/07/200709_%C3%9Cbersichtskarte_reaktivierte-eisenbahnstrecken.pdf, abgerufen am 10. Juni 2021.

Eisenbahn-Bundesamt (Hrsg.) (2020), Listen und Statistiken zu Streckenstilllegungen: Anzahl und Länge der seit 1994 stillgelegten bundeseigenen Strecken nach Bundesländern, Download unter https://www.eba.bund.de/DE/Themen/Stilllegung/ListenStatistiken/listenstatistiken_node.html, abgerufen am 10. Juni 2021.

Lobig, A., Liedtke, G., Lischke, A., Wolfermann, A. und W. Knörr (2016), Verkehrsverlagerungspotenzial auf den Schienengüterverkehr in Deutschland, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin/Heidelberg.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2020), Streckenlänge des Schienennetzes: Bundesländer, Stichtag, Betriebsordnung, 2005 bis 2019, auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

VDV – Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (Hrsg.) (2020), Auf der Agenda: Reaktivierung von Eisenbahnstrecken, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV), Stand: April 2020.

1 Siehe zum Beispiel den Bundesverkehrswegeplan 2030 in BT-Drs. 18/9350 oder die Zielangaben zur Verlagerung von Personen- und Güterverkehr auf die Schiene im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD aus dem Jahr 2018.

2 1919 gab es keine regionale Aufteilung der Schmalspurstrecken innerhalb Preußens, daher ist 1919 ohne Schmalspurstrecken in Preußen (1,5% der Strecken in Preußen waren 1919 Schmalspurstrecken).

3 1919 bis 1939 für Ost- und Westdeutschland sowie 1970 und 1980 für Westdeutschland wurde aufgrund der regionalen Datenverfügbarkeit die Eigentumslänge herangezogen. Bezogen auf den jeweiligen historischen Gebietsstand lag der Anteil der Betriebslänge an der Eigentumslänge in Deutschland zwischen 1930 und 1960 sowie 1989 bei 99% bis 100%.

4 Erst 1984 erhielt die BVG die Betriebsrechte für die Westberliner S-Bahn.

5 Die Annahme unterstellt somit, dass sich Veränderung des nicht-bundeseigenen Streckennetzes regional genauso verteilen wie Änderungen des bundeseigenen Streckennetzes.

6 So war es in der DDR bspw. aufgrund von Transportnormativen verpflichtend, dass Gütertransporte ab 50km Entfernung mit der Eisenbahn transportiert werden mussten, vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/deutschland-in-daten/221008/motorisierter-strassenverkehr, abgerufen am 10. Juni 2021).

7 Im rechtlichen Sinne spricht man im Zusammenhang mit entwidmeten Strecken gemäß §23 AEG auch von einer Freistellung von Bahnbetriebszwecken. Strecken sind dann freigestellt, wenn eine Nutzung der Infrastruktur im Rahmen der Zweckbestimmung nicht mehr zu erwarten ist.

8 U. a. Gronau (Nordrhein-Westfalen) – Enschede (Niederlande), Wörth (Rheinland-Pfalz) – Lauterburg (Frankreich), Niebüll (Schleswig-Holstein) – Tondern (Dänemark), Sebnitz (Sachsen) – Dolni Poustevna (Tschechische Republik).

*Fabian Wagner**

Zahl der Zuwanderer und religiösen Minderheiten wird systematisch überschätzt

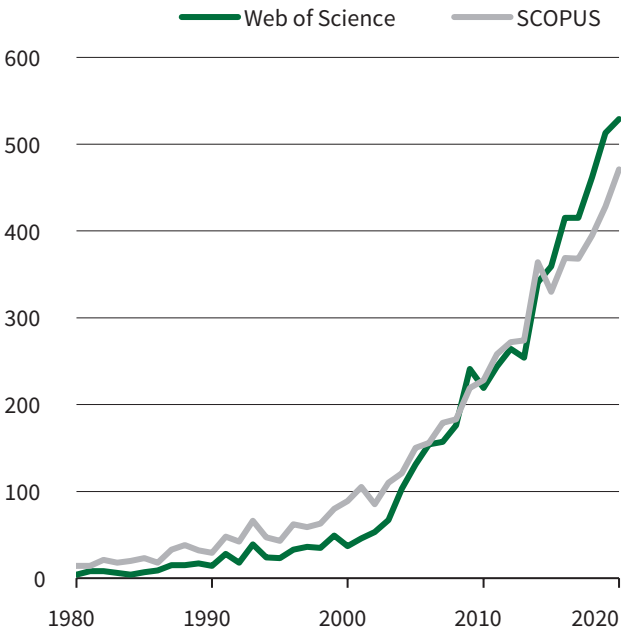
Wie eine Reihe jüngerer Forschungsarbeiten zeigt, sind systematisch verzerrte Wahrnehmungen von grundlegenden Fakten in großen Teilen der Bevölkerung vorhanden. Das gilt ebenso für Themen, die seit Jahren im Zentrum der medialen sowie politischen Debatte stehen, wie bspw. die Zuwanderung. Dieser Artikel fasst eine Auswahl der bisherigen Forschungsarbeiten zusammen, die sich mit der verzerrten Wahrnehmung der Bevölkerungsanteile von religiösen Minderheiten und Zuwanderern befassen. Die bisher veröffentlichten Papiere zeigen, dass Zuwandereranteile und religiöse Minderheiten um 15% bis zu über 600% gegenüber dem tatsächlichen Bevölkerungsanteil überschätzt werden. Die Überschätzung variiert zudem nach verschiedenen sozio-demografischen Größen, wie bspw. Geschlecht und Bildungshintergrund.

Für politische Entscheidungen und eine verantwortungsvolle Partizipation von Bürger*innen in einer Demokratie können Kenntnisse der grundlegenden Fakten essenziell sein. Durch verzerrte Wahrnehmungen wird der gesellschaftliche Diskurs und in der Folge auch die politische Wegrichtung beeinflusst, weshalb die Betrachtung von Wahrnehmungsverzerrungen besonders interessant ist. Dieser Artikel gibt dabei einen Überblick über eine Auswahl[1] der bisherigen Forschungsarbeiten und fasst die Ergebnisse zusammen.

Das Thema der Wahrnehmungsverzerrungen – nicht nur hinsichtlich Zuwandereranteilen, sondern auch Inflation, Ungleichheit und Parteizugehörigkeit – ist in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den letzten Jahren durch die gesellschaftliche und politische Relevanz vermehrt Gegenstand umfassender und einflussreicher Untersuchungen geworden. Abbildung 1 zeigt die Anzahl der Veröffentlichungen in Peer-Review-Fachzeitschriften von 1980 bis 2020 zu Wahrnehmungsverzerrungen.[2] In den 1980er und 1990er Jahren erschienen noch kaum Studien zu Wahrnehmungsverzerrungen. Erst nach der Jahrtausendwende lassen sich Publikationen in nennenswerter Zahl finden. In den letzten Jahren ist das Interesse an diesem Thema noch einmal angestiegen: aktuell erscheinen hierzu rund 500 Veröffentlichungen pro Jahr.

Abb. 1

Anzahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen in Peer-Review-Fachzeitschriften zu Wahrnehmungsverzerrungen (1980-2020)



Quelle: SCOPUS (2021) und Web of Science (2021), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

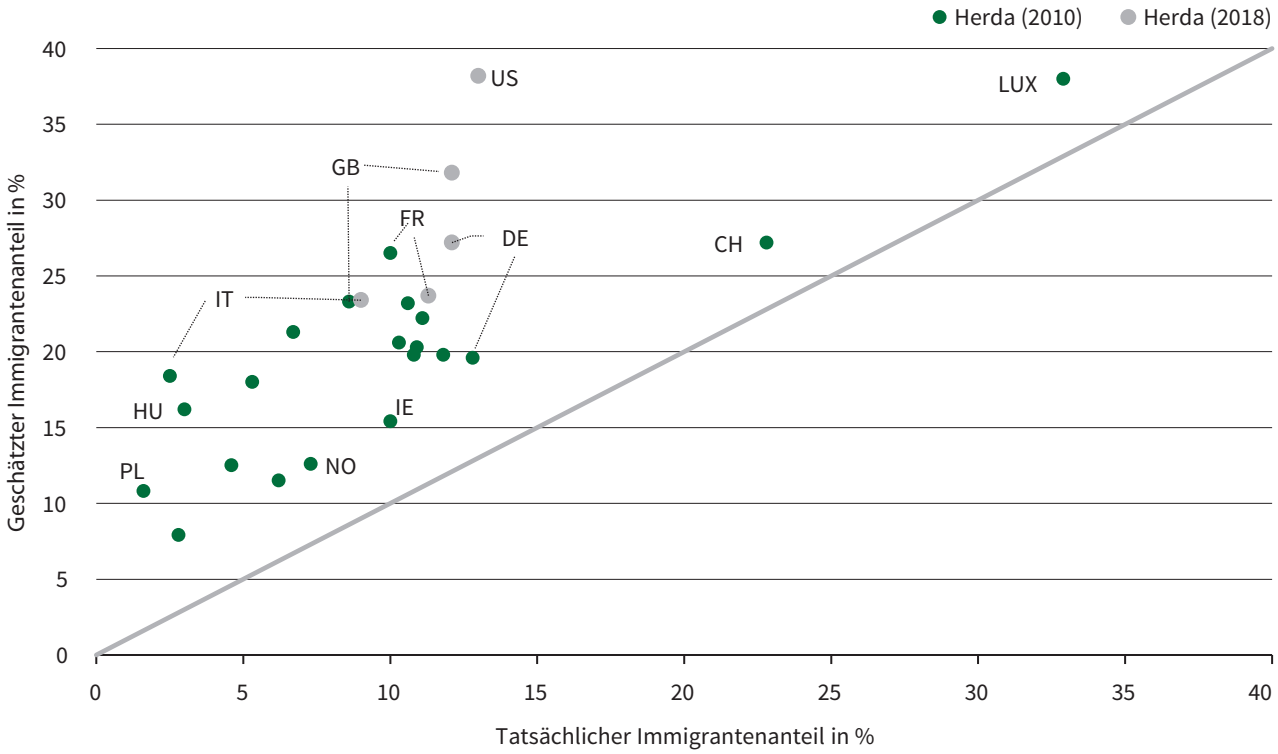
ANTEILE RELIGIÖSER MINDERHEITEN UND ZUWANDERER WERDEN ÜBERSCHÄTZT

Die bisherigen Forschungsergebnisse zeichnen ein eindeutiges Bild: Der Anteil von Zuwanderern und religiösen Minderheiten wird bei Befragungen länderunabhängig überschätzt (Herda 2010, Sides und Citrin 2007, Gorodzeisky und Semyonov 2020, Alba et al. 2005, Nadeau et al. 1993 sowie Herda 2018). In Abbildung 2 ist für 21 europäische Länder und die USA der tatsächliche Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung gegen den von den Befragten geschätzten Anteil abgetragen, jeweils für 2002 (dunkelgrün) und 2011 (hellgrau) (Herda 2010 und 2018). Für alle Länder liegt der abgetragene Punkt oberhalb der 45-Grad-Linie. Das heißt, dass in allen Ländern der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung höher eingeschätzt wird als er tatsächlich ist. Immigranten der zweiten Generation, welche bereits im Inland geboren wurden, wurden in der Befragung nicht berücksichtigt. Der durchschnittliche Anteil der tatsächlich immigrierten Bevölkerung über alle in den Studien betrachteten Ländern liegt dabei bei ca. zehn bzw. zwölf Prozent. Im Durchschnitt überschätzen die Befragten den Bevölkerungsanteil der Zuwanderer um 11,7 (Herda 2010)[3] bzw. 15,7 Prozentpunkte (Herda 2018)[4] und damit um mehr als das Doppelte des tatsächlichen Wertes. Ähnliche Werte fanden

* Fabian Wagner war zum Zeitpunkt der Erstellung des Beitrages Praktikant an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 2

Überschätzung des Zuwanderanteils in 21 europäischen Ländern und den USA (2002 und 2011, in %)



Anmerkung: Wenn der geschätzte Anteil größer als der tatsächliche Anteil ist (Überschätzung), liegt der Punkt oberhalb der 45-Grad-Linie. Wird der Immigrantenanteil jedoch unterschätzt, so liegen die Punkte unterhalb der Diagonalen. Bei einer korrekten Einschätzung befindet sich der Punkt demnach auf der Linie. Je weiter die Punkte von der 45-Grad-Linie entfernt liegen, desto größer ist die Über- oder Unterschätzung.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts in Anlehnung an Herda (2010) und Herda (2018). © ifo Institut

Alba et. al. (2005) für die USA. Dort überschätzten die Befragten den Anteil der asiatisch stämmigen Einwohner an der amerikanischen Bevölkerung – vier Prozent – um 13,2 Prozentpunkte (Alba et al. 2005).

Das Ausmaß der Überschätzung variiert zudem zwischen den Ländern. In Herda (2010) weisen Luxemburg und die Schweiz, die zugleich auch die höchsten tatsächlichen Zuwandereranteile haben, mit 5,1 bzw. 4,4 Prozentpunkten die geringsten Überschätzungen gegenüber dem realen Wert auf. Ebenso überschätzen Irland und Norwegen mit 5,4 und 5,3 Prozentpunkten den Immigrantenanteil nur geringfügig. Die höchsten Verzerrungen finden sich mit 13,2, 9,2 und 15,9 Prozentpunkten über dem tatsächlichen Zuwandereranteil in Ungarn, Polen und Italien – also in Ländern mit einer relativ kleinen Zuwandererpopulation. In den Jahren zwischen den Befragungen von Herda (2002 bis 2011) stieg in Italien und dem Vereinigten Königreich sowohl der tatsächliche als auch der geschätzte Zuwanderanteil an. Die USA überschätzen den Immigrantenanteil sogar um 25,2 Prozentpunkte (Herda 2018). Auch Frankreichs Bevölkerung weist eine große Überschätzung um 16,5 Prozentpunkte auf. Trotz des leicht gestiegenen, tatsächlichen Anteils sank der geschätzte Wert in Frankreich von 2002 bis zum Jahr 2011 aber um 2,8 Prozentpunkte (Herda 2010 und 2018). Gorodzeisky und Semyonov (2020), deren Daten aus dem Jahr 2014 stammen, konnten eine geringe Überschätzung (weniger als 1,5 Prozentpunkt über dem tatsächlichen Zuwandereranteil) für die Schweiz und Norwegen bestätigen. Dem entgegen fanden sie hohe Überschätzungen von über zehn Prozentpunkten in Frankreich, Portugal, Niederlande und Großbritannien. Diese Länder weisen zum Zeitpunkt der Datenerhebung einen mittleren realen Immigrantenanteil von ca. zehn Prozent auf (Gorodzeisky und Semyonow 2020). Die Überschätzung in Deutschland stieg vom Jahr 2002 bis zum Jahr 2011 deutlich an, wobei der tatsächliche Anteil annähernd konstant blieb (Herda 2010 und 2018). Nach den Analysen von Gorodzeisky und Semyonov sank die Überschätzung in Deutschland bei nur leicht gestiegenem Immigrantenanteil schließlich auf ca. acht Prozentpunkte (Gorodzeisky und Semyonow 2020).

SOZIO-DEMOGRAFISCHE DETERMINANTEN DER WAHRNEHMUNGSVERZERRUNG

Herda (2010), Gorodzeisky und Semyonov (2020) sowie Nadeau et. al. (1993) stellen zudem auf der individuellen Ebene der Befragten heraus, welche soziodemografischen Gruppen eine besonders hohe Wahrnehmungsverzerrung aufweisen (vgl. Tab. 1). Die Studien betrachteten dabei unter anderem das Bildungsniveau, Geschlecht, Einkommen, Alter und die Art des Wohnumfelds (urban oder ländlich). Hier zeigen sich systematische Muster in der Wahrnehmungsverzerrung, die sich mit steigendem Bildungsniveau verringert. Jedes weitere in Bildung investierte Jahr reduziert die Überschätzung der Immigrationsanteile statistisch um einen halben Prozentpunkt (Herda 2010, Gorodzeisky und Semyonow 2020). Weibliche Befragungsteil-

nehmer überschätzen den Anteil ausländisch geborener Bevölkerung um ca. fünf Prozentpunkte stärker als männliche Befragte (Herda 2010, Gorodzeisky und Semyonow 2020, Nadeau et al. 1993). Ebenso reduziert ein höheres Einkommen die Wahrnehmungsverzerrung: Ein geringes Einkommen erhöht die Schätzung um zwei Prozentpunkte (Gorodzeisky und Semyo-

Tab. 1

Papiere zu Wahrnehmungsverzerrungen und deren Einfluss auf Haltungen gegenüber Immigranten und religiösen Minderheiten

Studie	Region	Ergebnis
		Wahrnehmungsverzerrungen und deren Determinanten
Herda 2010	21 europäische Länder[a]	- Der Immigrantenanteil wird in den untersuchten Ländern systematisch überschätzt - Sozial und ökonomisch schwache, weibliche und jüngere tendieren zu höherer Überschätzung als sozial und ökonomisch starke, männliche und ältere Teilnehmer*innen
Herda 2018	USA und 5 europäische Länder[b]	- Länder überschätzen den Anteil an legalen Immigrant*innen systematisch - Befragte in Ländern mit hohen Überschätzungen neigen zu restriktiver Haltung ggü. Immigranten
Gorodzeisky & Semyonov 2020	17 europäische Länder[c]	- Länder überschätzen den Anteil an legalen Immigrant*innen systematisch - Überschätzung bei weiblichen, sozial und ökonomisch schwachen sowie jüngeren Befragten größer - Je größer die Überschätzung der ausländisch geborenen Bevölkerung ist, desto stärker ist der Wiederspruch gegen diesen Bevölkerungsanteil
Nadeau et al. 1993	USA	- Länder überschätzen Anteil an legalen Immigranten u. jüdischer Bevölkerung systematisch - Überschätzungen bei jungen, weiblichen, niedrig gebildeten Befragten höher - Ein hoher Minderheitenanteil geht mit höherer Überschätzung dieses Anteils einher
		Verzerrte Wahrnehmung in Verbindung mit negativerer Haltung
Alba et al. 2005	USA	- Bevölkerungsanteile von Minderheiten und Juden werden systematisch überschätzt - Aus der Überschätzung des Zuwandereranteils resultiert eine negativere Einstellung gegenüber Immigrant*innen und religiösen Minderheiten
Sides & Citrin 2007	20 europ. Länder[d]	- Immigrantenanteile werden systematisch überschätzt - Höhere Überschätzung des Immigrantenanteils geht mit negativerer Haltung einher
Semyonov et al. 2008	21 europäische Länder[a]	- Immigrantenanteile werden in allen Ländern systematisch überschätzt - Restriktivere Einstellung ggü. Immigrant*innen bei Befragten mit höherer Überschätzung wahrscheinlicher
		Informationsexperimente
Hopkins et al. 2018	USA	- Korrekte Informationen ändern die Haltung ggü. Immigrant*innen nicht signifikant
Grigorieff et al. 2016	USA, KAN, RUS, 10 europ. Länder[e]	- Korrekte Information führt zu positiverer Einstellung ggü. Zuwanderern - Konservative korrigierten ihre Einstellung stärker durch die Information als liberal oder zentral Positionierte
Alesina et al. 2018	USA und 5 europäische Länder[f]	- Effekt von korrekter Information auf die negative Haltung ggü. Immigrant*innen vorhanden - Informationen auf einer sozial oder kognitiv tieferen Ebene weisen jedoch einen stärkeren Effekt auf (z. B. Videos über hart arbeitende Zuwanderer)
		Einfluss von Medien
Aalberg & Strabac 2010	USA und 17 europäische Länder[g]	- Betrachtete Länder überschätzen den Immigrantenanteil systematisch - Kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen öffentlich-rechtlichem Fernsehen bzw. Nachrichtenkonsum und Wissen über den Migrationsanteil - Art der Medienlandschaft (demokratisch-korporativ oder konservativ) ebenso ohne signifikanten Einfluss

Anmerkungen: a) Die verwendeten Daten stammen von der Europäischen Umfrage ESS aus dem Jahren 2002 und 2003. Sie enthalten Österreich, Belgien, Tschechien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz und das Vereinigte Königreich. – b) Die von Herda (2018) verwendeten Daten stammen von der Internationalen Umfrage TATIS aus dem Jahr 2011. Er untersuchte in dieser Studie die Überschätzungen der Immigrantenanteile in den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien. – c) Gorodzeisky und Semyonov (2020) betrachteten Polen, Tschechien, Ungarn, Finnland, Portugal, Dänemark, Niederlande, Frankreich, Deutschland, Spanien, Großbritannien, Norwegen, Belgien, Irland, Schweden, Österreich und die Schweiz. – d) Sides und Citrin (2007) betrachten bis auf Slowenien die gleichen Länder wie Herda (2010). – e) Grigorieff et al. (2016) betrachteten Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Niederlande, Spanien, Griechenland, Portugal, Schweden, Russland, das Vereinigte Königreich, USA und Kanada. – f) Alesina et al. (2018) untersuchte Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und das Vereinigte Königreich. – g) Aalberg und Strabac (2010) analysierten Daten aus Finnland, Dänemark, Norwegen, Irland, Deutschland, Österreich, Spanien, Griechenland, Schweden, Schweiz, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Portugal, Großbritannien, Frankreich und den USA.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

now 2020). Auch mit steigendem Alter sinkt die Höhe der Überschätzung Befragte (Herda 2010, Gorodzeisky und Semyonow 2020, Nadeau et al. 1993). Schlussendlich neigen Menschen mit einem Lebensmittelpunkt in urbanen Räumen zu Überschätzungen der Anteile an Immigranten und religiöser Minderheiten (Gorodzeisky und Semyonow 2020).

UNKLARER EINFLUSS VON INFORMATIONSBEREITSTELLUNG AUF DIE HALTUNG GEGENÜBER ZUWANDERERN

Aus den bisherigen Studien geht klar hervor, dass Menschen die Anteile von religiösen Minderheiten und Immigrant*innen systematisch zu hoch einschätzen (Herda 2010, Sides und Citrin 2007, Nadeau et al. 1993, Herda 2018, Alba et al. 2005, Gorodzeisky und Semyonow 2020). Dies wirft die Frage auf, ob ein Zusammenhang zwischen Wahrnehmungsverzerrungen und politischen Einstellungen und Entscheidungen besteht. Zwar geht eine höhere Überschätzung auch mit einer negativeren Haltung gegenüber Immigranten einher (Sides und Citrin 2007, Semyonov et al. 2008, Hopkins et al. 2018). Allerdings ist damit noch nicht belegt, dass die Wahrnehmungsverzerrung ursächlich für die ablehnende Haltung ist. Möglicherweise hätten die Befragten auch mit korrekter Information dieselbe ablehnende Haltung an den Tag gelegt.

Einige wenige Studien (Hopkins et al. 2018, Griorieff et al. 2015, Alesina et al. 2018) haben daher auch untersucht, ob die Bereitstellung von korrekter Information die Haltung gegenüber Immigrant*innen und religiösen Minderheiten bzw. die politischen Ansichten der Befragten verändert. Ein klarer wissenschaftlicher Konsens hat sich bei dieser Fragestellung allerdings noch nicht herausgebildet. Hopkins et al. (2018) konnten zum einen keinen Effekt von Informationen auf die Haltung gegenüber Immigranten nachweisen. In ihrer Studie wurden die Befragungsteilnehmer in den USA zufällig in vier Gruppen aufgeteilt. Die erste schätzte nur den Immigrantenanteil. Die zweite Gruppe erhielt zusätzlich die korrekte Information bezüglich des Immigrantenanteils im Anschluss an die Einschätzung. Die dritte Gruppe erhielt nur die Information und wurde nach keiner Schätzung gefragt. Die letzte Gruppe gab weder eine Schätzung ab, noch wurden ihr Informationen zur Verfügung gestellt. Alle Gruppen wurden im Anschluss zu politischen Präferenzen und Haltungen bezüglich Immigranten befragt. Dieses Experiment wurde fünf Mal in den Jahren von 2006 bis 2017 mit unterschiedlichen Teilnehmer*innen wiederholt, wobei sich kein umfassend signifikanter Effekt der bereitgestellten Information auf die Haltungen der Befragten einstellte. Eine durch Wahrnehmungsverzerrung beeinflusste politische Einstellung wäre demnach nicht durch das Vermitteln von Wissen hinsichtlich des korrekten Immigrantenanteils veränderbar.

Andere Studien fanden jedoch einen Effekt der bereitgestellten Informationen auf Einstellungen gegenüber Immigranten (Grigorieff et al. 2016, Alesina 2018). Grigorieff et al. (2016) schlussfolgert aus einer Studie mit ca. 2 000 Teilnehmer*innen, dass die Bereitstellung von korrekter Information die Haltung der Befragten verändern kann. Dabei äußerten die Teilnehmenden, welche die Information erhielten, um ca. 30% gesunkene Bedenken, dass Immigranten einen schlechten Einfluss auf die Gesellschaft haben. In ihrer Studie schätzten die Teilnehmer*innen den Immigrantenanteil in den USA und Europa. Der Anteil wurde systematisch um 20 Prozentpunkte überschätzt. Ein Teil der Gruppe erhielt darauffolgend die korrekte Information zum Immigrantenanteil. Nun wurden die Befragten um ihre Meinung gebeten, ob der Zuwandereranteil reduziert werden sollte und ob Immigranten einen negativen Einfluss auf die Gesellschaft haben. Dabei gab die Gruppe, welche nach ihrer ersten Schätzung Informationen hinsichtlich des korrekten Immigrantenanteils erhalten hatte, mit geringerer Wahrscheinlichkeit an, dass zu viele Immigrant*innen im Inland seien und einen negativen gesellschaftlichen Einfluss haben. Interessanterweise hat die Information für Republikaner einen stärkeren Effekt als für Demokraten. Eine mittelfristige Persistenz des Lerneffekts wurde in einer wiederholten Befragung nach vier Wochen mit denselben Befragten festgestellt. Alesina et al. (2018) erzielten in sechs untersuchten Ländern mit insgesamt über 22 000 Befragten sehr ähnliche Ergebnisse. Nachdem sie zum eigenen sozio-ökonomischen Hintergrund befragt wurden, erhielten sie zufällig eine von drei verschiedenen Informationen. Entweder wurde die tatsächliche Immigrationsrate des Landes, das Ursprungsland der Immigranten oder Informationen über hart arbeitende Immigranten in Form eines Videos weitergegeben. In jedem Land wurde eine Kontrollgruppe eingerichtet, welche keine Informationen erhielt. Nun wurden Fragen über die persönlichen und ökonomischen Umstände der Zuwanderer gestellt, worüber die Haltung der Befragten ermittelt wurde. Die Information über den tatsächlichen Immigrantenanteil erhöhte dabei die Anzahl an Menschen, welche Immigration nicht als Problem ansehen um zehn Prozent im Vergleich zur Kontrollgruppe. Einen noch stärkeren Effekt hatte jedoch die Information über hart arbeitende Immigranten.

Letztere Untersuchung legt die Vermutung nahe, dass politische Haltungen vielmehr auf einer sozial oder kognitiv tieferen Ebene entstehen. Hopkins et al. (2018) mutmaßen, dass ein größeres Spektrum an Informationen – und nicht nur der tatsächliche Immigrantenanteil – einen Effekt aufweisen könnte. Ebenso könnten andere Informationsformen die Teilnehmer*innen besser erreichen. Möglicherweise zeigen bereitgestellte Informationen vor allem dann eine stärkere Wirkung, wenn sie eine persönliche, soziale Ebene der Befragten ansprechen. In der Untersuchung von Alesina et. al. (2018) wurden den Teilnehmer*innen des Experiments Videos von Immigranten gezeigt, welche besonders hart und lange arbeiten und somit einen großen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Diese Art der Information verbesserte daraufhin die Einstellungen gegenüber Umverteilung und ebenso die Haltung gegenüber Immigranten deutlich stärker: Der Effekt des Videos war knapp doppelt so groß wie die Wirkung des tatsächlichen Immigrantenanteils (Alesina t al. 2018).

DER MÖGLICHE EINFLUSS VON MEDIEN

Bei der Informationsbeschaffung spielen die Medien eine entscheidende Rolle. Interessant ist deshalb, ob Medien die bestehende Verzerrung begünstigen oder mindern. Dieser Faktor ist bislang jedoch nur wenig erforscht. Eine Studie von Aalberg und Strabac (2010) stellte bspw. fest, dass kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Konsum von öffentlich-rechtlichem Fernsehen bzw. dem Nachrichtenkonsum und dem

Wissen über Migrationszahlen besteht. Ebenso ist die Art der Medienlandschaft (demokratisch-korporativ oder konservativ) von geringer Bedeutung (Aalberg und Srabac 2010). Weitere Forschungsarbeiten würden sich hinsichtlich den verschiedenen Medienarten, der Digitalisierung und den sozialen Medien anbieten, in welcher Weise politische Meinungsbildung auf diesen Plattformen einerseits abseits und andererseits mit Hilfe von Fakten entsteht.

FAZIT

Verzerrte Wahrnehmungen zum Bevölkerungsanteil von Zuwanderern und religiösen Minderheiten sind für den gesellschaftlichen und politischen Diskurs von entscheidender Bedeutung. Neben den politischen Auswirkungen der Wahrnehmungsverzerrungen über das Wählerverhalten könnten auch stigmatisierende oder ablehnende Einstellungen gegenüber Migrant*innen und religiösen Minderheiten die Folge sein. Jüngere Untersuchungen haben daher verzerrte Wahrnehmungen und deren Zusammenhänge untersucht. Bestehende Wahrnehmungsverzerrungen hinsichtlich der Überschätzung der Anteile von Migrant*innen und religiösen Minderheiten sind dabei gut untersucht: Menschen schätzen diese Anteile länderübergreifend zu hoch ein. Die Überschätzung variiert jedoch stark zwischen den Ländern. Neben geringeren Überschätzungen in Luxemburg und der Schweiz (Herda 2010) finden sich jedoch auch hohe Überschätzungen von weit über 20 Prozentpunkten, bspw. in den USA (Herda 2018). Auch wurden soziodemografische Determinanten dieser Überschätzungen umfassend erforscht. Jüngere und weibliche Teilnehmende sowie Befragte mit niedrigem Bildungsniveau und Lebensschwerpunkt in urbanen Lebensräumen neigen zu höheren Überschätzungen der Anteile von Migranten und religiösen Minderheiten (Herda 2010, Gorodzeisky und Semyonow 2020, Nadeau et al. 1993). Ebenso sind die Überschätzungen bei geringerem Einkommen höher (Gorodzeisky und Semyonow 2020).

Weniger Einigkeit herrscht jedoch über die Wirkung von bereitgestellter, korrekter Information auf die Haltungen gegenüber Immigranten und religiösen Minderheiten sowie die politische Einstellung der Befragten. In einer Studie von Hopkins et al. (2018) kann in fünf Befragungen von 2006 bis 2011 kein statistisch signifikanter Effekt der Information auf die Einstellung der Befragten gefunden werden. Dem entgegen finden zwei andere Studien eine bestehende Wirkung auf die Haltungen gegenüber Immigranten, welche sich nach der Bereitstellung von Informationen verbesserte (Grigorieff et al. 2016, Alesina et al. 2018). Der Effekt der Information scheint zudem von der sozialen oder kognitiven Tiefe abhängig zu sein, da die Bereitstellung von Videos über hart arbeitende Zuwanderer im Vergleich zur Weitergabe des tatsächlichen Migrantenanteils einen doppelt so starken Effekt erzeugten (Alesina et al. 2018). Trotz des hohen Stellenwerts der Medien in der Informationsverbreitung an die Bevölkerung ist deren Einfluss auf verzerrte Wahrnehmungen noch sehr unterforscht. Zukünftige Untersuchungen zum Einfluss von Medien und sozialen Netzwerken, aber auch zu anderen Zusammenhängen von Wahrnehmungsverzerrungen, wie bspw. dem Einfluss von korrekter Information, sind daher lohnenswert.

LITERATUR

Aalberg, T. und Z. Strabac (2010). „Media Use and Misperceptions Does TV Viewing Improve our Knowledge about Immigration?“, Nordicom Review 31 (2010) 1, S. 35-52.

Alba, R., Rumbaut, R. G. und K. Marotz (2005), „A Distorted Nation: Perceptions of Racial/Ethnic Group Sizes and Attitudes Toward Immigrants and Other Minorities“, Social Forces 84 (2), S. 901-919.

Alesina, A., Miano, A. und S. Stantcheva (2018), „Immigration and redistribution“, National Bureau of Economic Research, Working Paper 24733.

Gorodzeisky, A. und M. Semyonov (2020), „Perceptions and Misperceptions: Actual Size, Perceived Size and Opposition to Immigration in European Societies“, Journal of Ethnic and Migration Studies 46 (3), S. 612-630.

Grigorieff, A., Roth, C. und D. Ubfal (2016), „Does Information Change Attitudes Towards Immigrants? Representative Evidence from Survey Experiments“, IZA Discussion Papers, No. 10419, Institute of Labor Economics (IZA), Bonn.

Herda, D. (2010), „How Many Immigrants? Foreign-Born Population Innumeracy in Europe“, Public Opinion Quarterly 74 (4), S. 674-695.

Herda, D. (2018), „Comparing Ignorance: Imagined Immigration and the Exclusion of Migrants in the U.S. and Western Europe“, Societies Without Borders 12 (2).

Hopkins, D. J., Sides, J. und J. Citrin (2018), „The Muted Consequences of Correct Information about Immigration“, The Journal of Politics 81 (1), S. 315-320.

Nadeau, R., Levine, J. und R. G. Niemi (1993), „Innumeracy about Minority Populations“, The Public Opinion Quarterly 57 (3), S. 332-347.

SCOPUS (Hrsg.) (2021), Veröffentlungen aus allen Datenbestände zum Suchbegriff „Misperception“ unter der Kategorie „Article title, Abstract, Keywords“ von 1980 -2020, online verfügbar unter: https://www.scopus.com/, abgerufen am 31. Mai 2021.

Semyonov, M., Raijman, R. und A. Gorodzeisky (2008), „Foreigners' Impact on European Societies Public Views and Perceptions in a Cross-National Comparative Perspective“, International Journal of Comparative Sociology 49 (1), S. 5-29.

Sides, J. und J. Citrin (2007), „European Opinion About Immigration: The Role of Identities, Interests and Information“, British Journal of Political Science 37 (3), S. 477-504.

Web of Science (Hrsg.) (2021), Veröffentlungen aus allen Datenbestände zum Suchbegriff „Misperception“ unter der Kategorie „Topic“ von 1980-2020, online verfügbar unter: https://apps.webofknowledge.com/, abgerufen am 31. Mai 2021.

1 Die in diesem Artikel betrachteten Papiere wurden anhand von Zitationsketten ausgewählt. Dabei wurden die zitierten Studien in den aktuellen Papieren betrachtet. Um ein allumfassendes Bild von Wahrnehmungsverzerrungen zu Bevölkerungsanteilen von Immigrant*innen und religiösen Minderheiten zu zeichnen, wurden die Quellen der zuvor zitierten Papiere schließlich in mehreren Runden untersucht. Zusätzlich wurden alle Papiere bis auf Alesina et al. (2018) in Peer-Review-Journals veröffentlicht.

2 Suchergebnisse für „Misperception“ in den wissenschaftlichen Nachschlag- und Zitationsdatenbanken „SCOPUS“ und „Web of Science“. Mit enthalten sind auch Veröffentlichungen außerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

3 Die verwendeten Daten stammen von der Europäischen Umfrage ESS aus dem Jahren 2002 und 2003. Sie enthalten Österreich, Belgien, Tschechien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz und das Vereinigte Königreich.

4 Die von Herda (2018) verwendeten Daten stammen von der Internationalen Umfrage TATIS aus dem Jahr 2011. Er untersuchte in dieser Studie die Überschätzungen der Immigrantenanteile in den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien.

*Enzo Brox und Tommy Krieger**

Weniger Zuzug nach Dresden: Rechte Proteste verschrecken junge Leute!

Wir untersuchen anhand des Beispiels Dresden, wie sich das Wanderungsverhalten von Menschen aufgrund von rechten Demonstrationen verändert. Unsere Ergebnisse verdeutlichen, dass sich der Zuzug nach Dresden seit dem Beginn der *PEGIDA*-Demonstrationen deutlich verringert hat. Es zeigt sich insbesondere, dass junge Deutsche aus anderen Bundesländern seitdem weniger geneigt sind, nach Dresden zu ziehen. Ein Großteil dieser jungen Menschen sind Studierende. Auch die Zahl der internationalen Studierenden in Dresden sank aufgrund rechter Demonstrationen in erheblichem Maße. Eine Ursache für diese Rückgänge ist, dass Dresden infolge der rechten Proteste einen Imageverlust erlitten hat.

EINLEITUNG

Am 10. Oktober 2014 trafen sich, wie zu dieser Zeit in vielen deutschen Städten, in der Dresdner Innenstadt ein paar hundert Menschen, um ihre Solidarität mit dem kurdischen Volk zu bekunden, welches zu dieser Zeit in Syrien und dem Nordirak Widerstand gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) leistete. Da selbst in den lokalen Medien (wenn überhaupt) nur am Rande von dieser Kundgebung berichtet wurde, erscheint es unwahrscheinlich, dass viele Dresdner*innen Notiz von ihr genommen haben. Zu denjenigen, von denen diese friedliche Kundgebung bemerkt wurde, gehörte der damals in einem Dresdner Vorort lebende Lutz Bachmann. Für die jüngste Entwicklung Dresdens spielte dieses (eher zufällige) Bemerken eine nicht unbedeutende Rolle. Grund hierfür ist, dass es Bachmann zur Eröffnung jener Facebook-Gruppe veranlasste, in welcher er zusammen mit einigen seiner Bekannten die Idee für jene Proteste entwickelte, die ein paar Wochen danach, weit über die Grenzen Dresdens hinaus, als *PEGIDA*-Demonstrationen bekannt wurden. Das Akronym *PEGIDA* steht dabei für ***P**atriotische **E**uropäer **g**egen die **I**slamisierung **d**es **A**bendlandes*.[1]

Abbildung 1 illustriert, wie sich die Zahl der an den *PEGIDA*-Protesten in Dresden teilnehmenden Personen zwischen Oktober 2014 und Februar 2017 entwickelte. An der ersten Demonstration, die am 20. Oktober 2014 in Form eines Abendspaziergangs stattfand, nahmen etwa 350 Menschen teil. Von Woche zu Woche stieg dann die Zahl der Teilnehmer*innen. Am 27. Oktober erschienen etwa 500 Personen, am 3. November etwa 1 000 usw. Dass *PEGIDA* im politischen Spektrum deutlich rechts der Mitte steht, wurde dabei schnell offensichtlich.[2] Die größte *PEGIDA*-Kundgebung fand am 12. Januar 2015, fünf Tage nach dem Terroranschlag auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo, statt und hatte etwa 25 000 Teilnehmer*innen. Wenige Tage später wurde bekannt, dass die Dresdner Staatsanwaltschaft gegen *PEGIDA*-Gründer Bachmann wegen des Verdachts auf Volksverhetzung ermittelt.[3] Zur selben Zeit wurde ein Bild von Lutz Bachmann veröffentlicht, auf dem er als Adolf Hitler posierte. Infolge dieser Veröffentlichung trat er als *PEGIDA*-Vorsitzender zurück, blieb aber im Hintergrund weiter aktiv. Unzufrieden mit dem weiteren Mitwirken Bachmanns beendeten sechs der zwölf ursprünglichen Organisator*innen ihre Tätigkeit. Das Hitlerfoto Bachmanns sowie das Ausscheiden und öffentliche Distanzieren einiger Organisator*innen führte dazu, dass sich die Zahl der Protestierenden deutlich reduzierte. Zwischen Februar und September 2015 strömten meist „nur" noch zwei- bis fünftausend Personen zu den weiterhin regelmäßig stattfindenden *PEGIDA*-Demonstrationen. Eine Ausnahme bildete die Veranstaltung am 13. April, bei der der niederländische Rechtspopulist Gert Wilders als Redner auftrat. Ausgelöst durch die europäische Migrationskrise kam es im Herbst 2015 zu einer zweiten Welle an *PEGIDA*-Protesten. Höhepunkt dieser Welle war die Kundgebung am 19. Oktober mit etwa 15 000 Teilnehmer*innen. Im Verlauf der folgenden Monate nahm sowohl die Zahl der Proteste als auch die Zahl der Teilnehmenden stetig ab. Am 3. Oktober 2016 störten *PEGIDA*-Anhänger*innen zusammen mit Mitgliedern anderer rechter Gruppen den an diesem Tag in Dresden stattfindenden Festakt zur Deutschen Wiedervereinigung. In den letzten Jahren gab es kaum noch *PEGIDA*-Proteste von nennenswertem Ausmaß. Seit Mai 2021 stuft das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz *PEGIDA* als rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Bewegung ein.

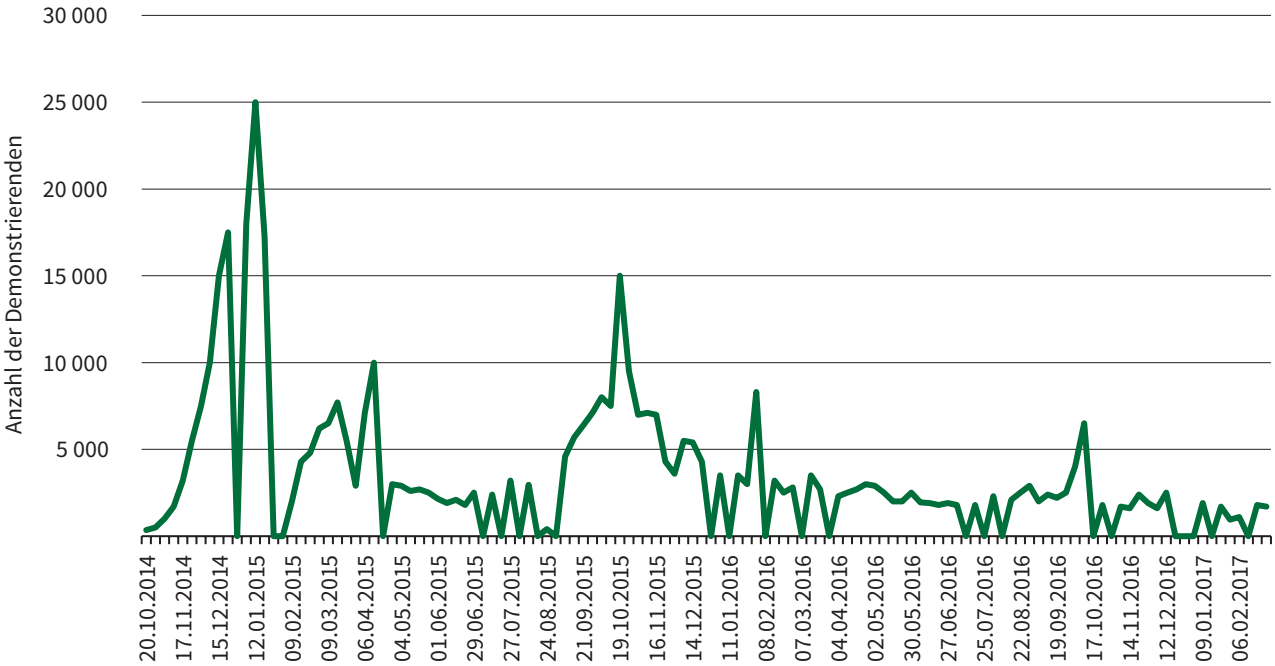
Neben den *PEGIDA*-Protesten gab es, vor allem im Sommer 2015, auch andere rechte Proteste in Dresden, die ihren Beitrag zu den im Verlauf dieses Berichts dargestellten Veränderungen im Wanderungsverhalten geleistet haben könnten. Zu erwähnen sind hierbei vor allem der gewaltsame Protest von Anhänger*innen der NPD gegen die Aufnahme von Geflüchteten am 24. Juli 2015, die Proteste vor der Flüchtlingsunterkunft in Freital im Juni/Juli 2015, und die Ausschreitungen in Heidenau am 21., 22. und 23. August 2015. Die Ereignisse in Freital und Heidenau können einen Einfluss auf die Wahrnehmung Dresdens gehabt haben, da beide Städte in den Medien meist als Nachbarstädte Dresdens beschrieben wurden.

In den Medien und von Seiten der Wissenschaft bekamen die rechten Proteste in Dresden, und vor allem die *PEGIDA*-Pro-

* Enzo Brox ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Sankt Gallen. Dr. Tommy Krieger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEW – Leibniz Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim sowie an der Universität Konstanz.

Abb. 1

Teilnahme an PEGIDA-Demonstrationen in Dresden



Anmerkung: Diese Abbildung zeigt auf wöchentlicher Basis, wie viele Personen an den PEGIDA-Protesten in Dresden teilgenommen haben.

Quelle: Die Daten stammen von Berger et al. (2016), eigene Darstellung.

teste, große Aufmerksamkeit. Im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses standen insbesondere die Charakteristika der Demonstrierenden sowie deren Teilnahmemotive. Umfragen ergaben, dass die Mehrheit der an den *PEGIDA*-Kundgebungen teilnehmenden Personen männlich war, in Dresden bzw. dem Dresdner Umland lebte, und bezüglich ihres Einkommens und Bildungsstandes zur sächsischen Mittelschicht gehörte. Das zentrale Teilnahmemotiv war zu Beginn der *PEGIDA*-Proteste vor allem Unzufriedenheit mit der Politik im Allgemeinen und der Asyl- und Migrationspolitik im Speziellen. Unter dem sich im Zeitverlauf herausgebildeten Kern der *PEGIDA*-Anhänger*innen waren völkische Neigungen und grundlegende Vorbehalte gegenüber Geflüchteten und Zugewanderten, insbesondere denen aus muslimischen Ländern, deutlich ausgeprägter als bei jenen Menschen, die *PEGIDA* nur in den ersten Wochen unterstützten.[4]

Nur randläufig hat sich die Wissenschaft bisher mit der Frage beschäftigt, welche wirtschaftlichen Konsequenzen aus Demonstrationen wie jenen von *PEGIDA* in Dresden resultieren. Ziel unseres Forschungsprojektes ist es, zur Schließung dieser Lücke beizutragen. Unser Beitrag besteht darin, anhand des Beispiels Dresden empirisch aufzuzeigen, wie sich rechtspopulistische Proteste auf das Wanderungsverhalten von Menschen auswirken können. Aus gesellschaftlicher Perspektive ist diese Frage von Relevanz, da der Zuzug von Menschen (insbesondere der von jungen und gebildeten Menschen) für die mittel- und langfristige Entwicklung einer Stadt/Region von großer Wichtigkeit ist (Moretti 2012). Des Weiteren senkt Zuzug aus anderen Regionen die Wahrscheinlichkeit, dass sich völkisches Gedankengut in einer Stadt bzw. einer Region langfristig etabliert (Voigtländer und Voth 2012).

DATEN UND METHODEN

Zur Beantwortung unserer Forschungsfrage nutzen wir zwei von den *Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder* aufbereitete Datensätze. Unser erster Datensatz basiert auf den von den Einwohnermeldeämtern erhobenen Informationen und beinhaltet jeden registrierten Wohnortwechsel.[5] Um diese Daten empirisch analysieren zu können, haben wir sie in Wanderungsmatrizen umgewandelt. Jeder Eintrag in unserer Wanderungsmatrix gibt an, wie viele Personen in einem bestimmten Jahr von einem bestimmten Stadt- bzw. Landkreis (z. B. München) in einen anderen Stadt- bzw. Landkreis (z. B. Dresden) ziehen. Unser Datensatz erlaubt es uns auch, Wanderungsmatrizen für einzelne Bevölkerungsgruppen zu erzeugen (z. B. Deutsche oder junge Erwachsene). Die im weiteren Verlauf dieses Berichtes vorgestellten Resultate werden zeigen, dass diese Detailliertheit immens nützlich ist, da sich die Konsequenzen von rechten Protesten auf das Wanderungsverhalten stark zwischen verschiedenen demographischen Gruppen unterscheiden.

Der zweite Datensatz, den wir im Rahmen unserer Studie verwenden, beinhaltet Informationen zu allen Studierenden in Deutschland und ermöglicht uns folglich, zu analysieren, wie diese jungen, hochtalentierten Menschen auf die rechten Demonstrationen in Dresden reagierten. Um die im *Studierendenregister* enthaltenen Individualdaten nutzbar zu machen, haben wir diese erneut in Wanderungsmatrizen umgewandelt. Dies ist möglich, weil wir für alle Studierenden, die innerhalb Deutschlands ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, feststellen können, in welchem Kreis sie ihre schulische Ausbildung abgeschlossen haben. Darüber hinaus verwenden wir das *Studierendenregister*, um die Zahl der immatrikulierten

Bildungsausländer*innen zu bestimmen, d. h. jener Studierenden, die im Ausland ihren Schulabschluss erhalten haben.

Zur Analyse unserer Daten nutzen wir zwei verschiedene Regressionsverfahren. Das Erste ist das *Dyadic-Fixed-Effects-Verfahren*. Geschätzt wird dabei das Regressionsmodell:

$$\ln Y_{i,j,t} = \mu_{i,j} + \beta * (DD_z^j \times I_{t>2014}) + \theta_{i,t} + \pi_{r_j,t} + \varepsilon_{i,j,t}\,.$$

Die Variable Y gibt dabei an, wie viele Menschen im Jahr t aus dem Kreis i in den Kreis j ziehen. Die Kreispaar-fixen Effekte $\mu_{i,j}$ eliminieren alle zeitkonstanten Faktoren, die die Wanderung von einem Kreis in einen anderen beeinflussen (z. B. geographische Distanz). DD_z^j ist eine Dummy-Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn der Stadtkreis Dresden der Zielort der Umziehenden ist. Die Variable $I_{t>2014}$ ist ebenfalls ein Dummy. Sie nimmt den Wert 1 an für alle Jahre nach der Gründung von *PEGIDA*.[6] Der Parameter β gibt folglich an, wie sich der Zuzug nach Dresden aufgrund der rechten Kundgebungen verändert hat. Die Herkunftskreis-Jahr-fixen Effekte $\theta_{i,t}$ stellen sicher, dass unsere Schätzergebnisse nicht durch Ereignisse in den Herkunftskreisen (z. B. doppelte Abiturjahrgänge) verzerrt sind. Mit den Zielregion-Jahr-fixen Effekten $\pi_{r_j,t}$ kontrollieren wir für regionale Trends im Wanderungsverhalten.

Regressionsergebnisse, die auf dem *Dyadic-Fixed-Effects-Verfahren* basieren, können nicht zwangsläufig als kausale Effekte interpretiert werden. In unserem Fall kann eine Verzerrung zum Beispiel daraus resultieren, dass sich der Zuzug nach Dresden bereits vor der Entstehung von *PEGIDA* anders entwickelte als der in anderen Kreisen. Um diesem Problem entgegenzuwirken, verwenden wir in unserer Studie eine zweite statistische Methode, das sogenannte *Synthetische-Kontrollgruppen-Verfahren*.[7] Die Grundidee dieses Ansatzes ist es, zunächst aus einem Pool anderer Städte ein „synthetisches Dresden" zu konstruieren, welches sich bis zur Entstehung von *PEGIDA* genauso entwickelte wie Dresden selbst und in dem es nicht zu vergleichbaren Protesten kam. Im zweiten Schritt wird dann die Entwicklung Dresdens nach dem Beginn der *PEGIDA*-Kundgebungen mit der Entwicklung des „synthetischen Dresdens" verglichen. Die Synthetische-Kontrollgruppe-Methode deckt kausale Effekte auf, wenn sich Dresden und das „synthetische Dresden" in der Zeit vor den *PEGIDA*-Demonstrationen in ihrer Entwicklung hinreichend ähneln und die rechten Proteste der einzige Unterschied zwischen den „beiden Dresdens" sind.

HAUPTERGEBNISSE

Im ersten Teil unserer empirischen Auswertung untersuchen wir mit Hilfe des *Dyadic-Fixed-Effects-Verfahrens*, ob deutsche Staatsbürger*innen nach Beginn der *PEGIDA*-Proteste weniger oft nach Dresden gezogen sind als zuvor (vgl. Tab. 1). Bei der Untersuchung betrachten wir dabei den Zeitraum von 2012 bis 2018. Aus Vergleichbarkeitsgründen ist die Menge der Zielorte auf die 40 größten Stadtkreise beschränkt. Der Regressionskoeffizient in der ersten Spalte zeigt, dass sich die Zuzüge nach Dresden durch die rechten Proteste signifikant verringert haben. In den Spalten (2) – (4) differenzieren wir zwischen verschiedenen Alterskohorten (18 – 29, 30 – 49, 50 – 64 Jahre). Es zeigt sich, dass der Gesamteffekt vollständig von jungen Erwachsenen getrieben ist. Die drei letzten Spalten zeigen, dass sich die Bereitschaft, nach Dresden zu ziehen, unter denjenigen jungen Menschen, die bereits zuvor im Dresdner Umland oder in anderen sächsischen Regionen gelebt haben, durch die rechten Proteste kaum verändert hat. Bei jungen Erwachsenen aus anderen Bundesländern ist die Bereitschaft, ihren Wohnsitz nach Dresden zu verlegen, hingegen substanziell zurückgegangen. Im Durchschnitt und verglichen mit den anderen kreisfreien Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern reduzierte sich der Zuzug dieser Personengruppe um ungefähr 14%.

Das Resultat, dass sich die rechten Demonstrationen vor allem auf das Zuzugsverhalten von jungen Erwachsenen aus anderen Bundesländern ausgewirkt haben, bestätigt sich, wenn wir anstatt des *Dyadic-Fixed-Effects-Verfahrens* das *Synthetische-Kontrollgruppen-Verfahren* verwenden (vgl. Abb. 2). Wie für solch eine Analyse wünschenswert, zeigen sich in den Jahren vor der Gründung von *PEGIDA* nur kleine Unterschiede zwischen Dresden und dem „synthetischen Dresden". In Folge der rechten Proteste in Dresden zeigt sich ab 2015 ein Auseinanderdriften der Zahl der aus einem anderen Bundesland zugezogenen jungen Erwachsenen. Im Jahr 2015 unterschied sich diese Zahl um ca. 500 Menschen. In den Folgejahren betrug die durch die rechten Proteste entstandene Differenz dann jeweils ungefähr 1 000 Personen.

Ausgehend von den Ergebnissen in Tabelle 1 und Abbildung 2 liegt die Vermutung nahe, dass es insbesondere Studierende sind, deren Ortspräferenz sich aufgrund von rechten Demonstrationen ändert. Um dieser Vermutung nachzugehen,

Tab. 1

Auswirkungen der rechten Proteste in Dresden auf das Zuzugsverhalten von Deutschen

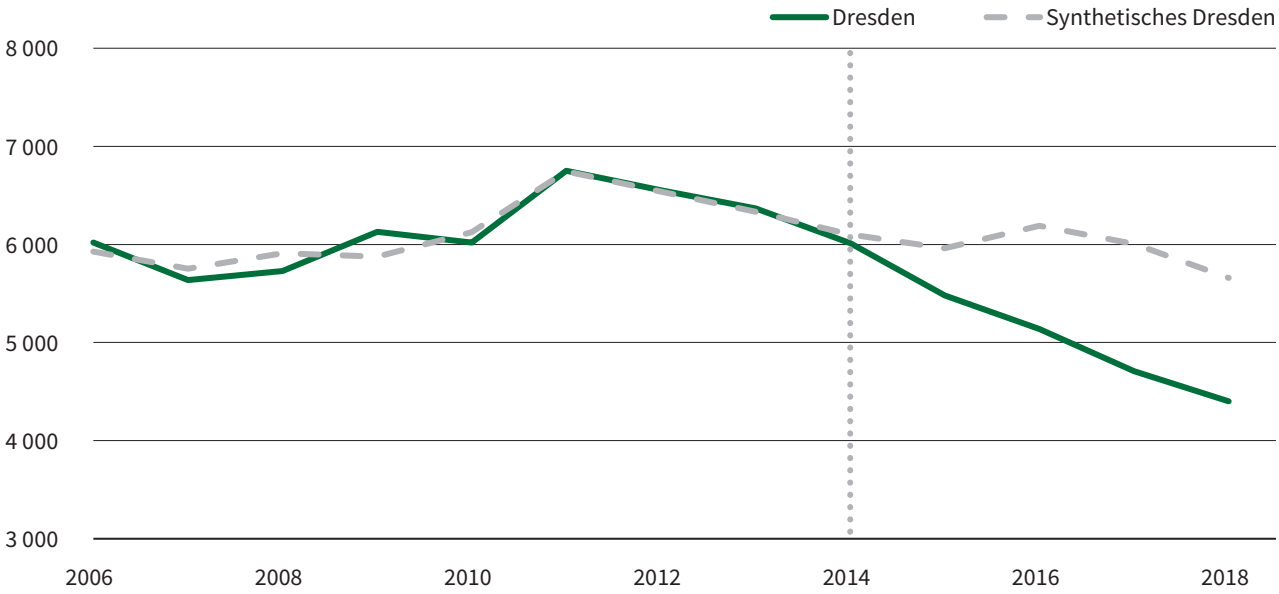
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
$DD_z^j \times I_{t>2014}$	-0.10***	-0.13***	-0.03	0.02	0.045	-0.023	-0.14***
	(0.025)	(0.032)	(0.026)	(0.017)	(0.026)	(0.031)	(0.033)
Beobachtungszahl	112 000	112 000	112 000	112 000	1 169	9 947	100 884
Alterskohorte	Alle	18 – 29	30 – 49	50 – 64	18 – 29	18 – 29	18 – 29
Herkunftskreise	Alle Kreise	Alle Kreise	Alle Kreise	Alle Kreise	Nur Nachbarkreise	Gleiches Bundesland	Anderes Bundesland

Anmerkung: Diese Tabelle zeigt Ergebnisse von Dyadic-Fixed-Effects-Regressionen. Die abhängige Variable ist die Zahl der Zugezogenen (logarithmiert). Alle Regressionen enthalten kreispaar-fixe Effekte, Herkunftskreis-fixe Effekte, sowie Zielregion-fixe Effekte.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abb. 2

Auswirkungen der rechten Proteste in Dresden auf das Zuzugsverhalten von jungen Deutschen aus anderen Bundesländern



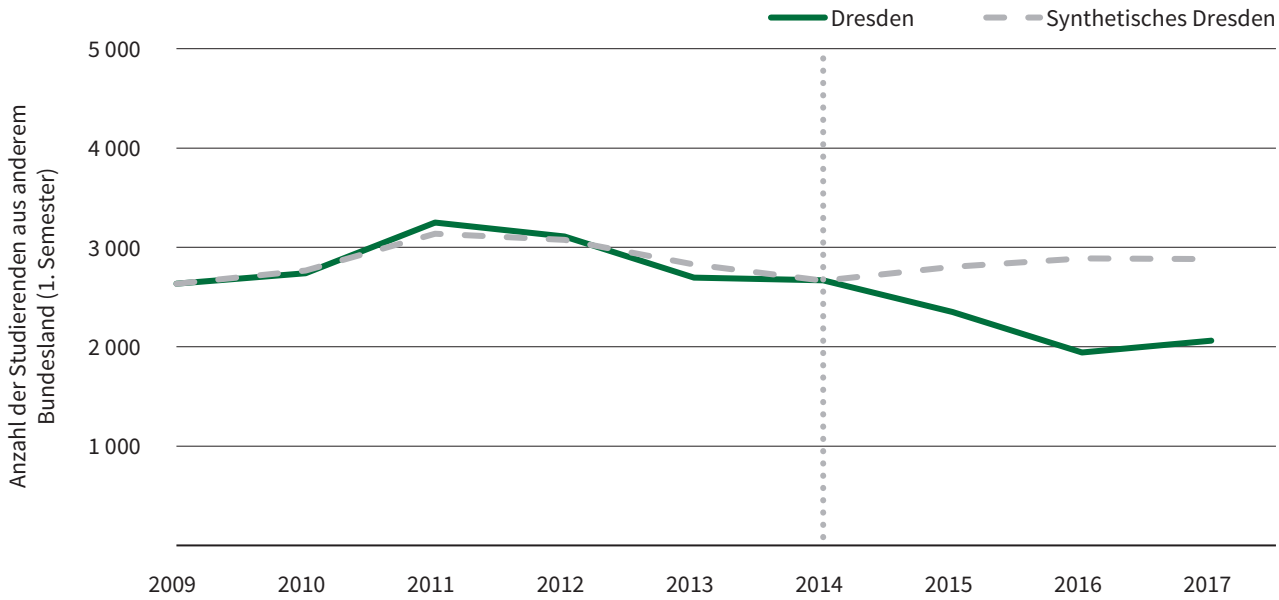
Anmerkung: Diese Grafik zeigt die Ergebnisse einer Synthetischen-Kontrollgruppen-Analyse. Die abhängige Variable ist die Anzahl der aus einem anderen Bundesland zugezogenen jungen Deutschen (18–29 Jahre). Das „synthetische Dresden" setzt sich in dieser Analyse aus den folgenden Städten zusammen: Freiburg (0.245), Hamburg (0.051), Halle/Saale (0.333), Leipzig (0.145), München (0.140), und Münster (0.086).

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

analysieren wir unter Verwendung des *Synthetischen-Kontrollgruppen-Verfahrens*, wie sich die Zahl der Erstsemester-Studierenden, deren Studienort sich nicht im selben Bundesland befindet wie der Ort ihrer Schule, im Zeitverlauf entwickelt hat. Wie Abbildung 3 zeigt, gibt es bezüglich dieser Zahl in der Zeit vor Beginn der *PEGIDA*-Proteste kaum Unterschiede zwischen Dresden und dem „synthetischen Dresden." Analog zu den in Abbildung 2 beobachten Entwicklungen, lässt sich für 2015 ein leichter und für die Folgejahre ein deutlicher Rückgang feststellen. Festgehalten werden kann also, dass Dresden aufgrund der rechten Proteste eine nicht geringe Zahl an talentierten Köpfen verloren hat.

Abb. 3

Auswirkungen der rechten Proteste in Dresden auf die Zahl der deutschen Studierenden aus anderen Bundesländern



Anmerkung: Diese Grafik zeigt die Ergebnisse einer Synthetischen-Kontrollgruppen-Analyse. Die abhängige Variable ist die Anzahl der deutschen Studierenden im ersten Hochschulsemester, die ihr Abitur in einem anderen Bundesland erhalten haben. Das „synthetische Dresden" setzt sich in dieser Analyse aus den folgenden Städten zusammen: Bremen (0.186), Halle/Saale (0.273), Hamburg (0.126), Kassel (0.240), Köln (0.134), und München (0.041).

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

WEITERE ERGEBNISSE

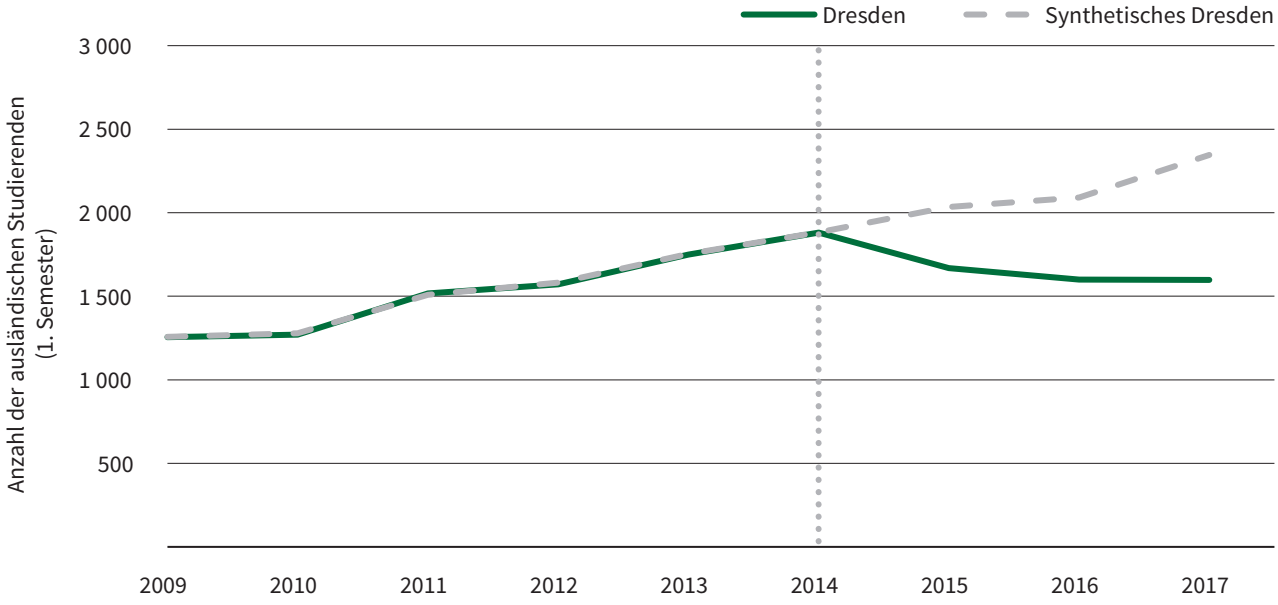
Im Zuge unserer Untersuchung haben wir eine Reihe von weiteren Analysen durchgeführt. Deren Resultate werden im Folgenden skizziert. Zunächst liefern wir eine Erklärung für den rückläufigen Zuzug. Unsere Hypothese ist, dass Dresden aufgrund der Proteste in den Fokus der öffentlichen Debatte geraten ist. Das Ansehen der Stadt Dresden hat sich dadurch verschlechtert. In Brox und Krieger (2021) präsentieren wir empirische Belege, die unsere Erklärung stützen.[8] Darüber hinaus zeigen wir, dass sich auch die Zahl der ausländischen Studierenden in Dresden seit dem Beginn der *PEGIDA*-Proteste erheblich verringert hat (vgl. Abb. 4). Interessant ist dabei, dass es unter den ausländischen Studierenden, je nach Herkunftsland, unterschiedliche Reaktionen zu geben scheint. Bspw. sinkt die Zahl der Studierenden aus Europa erheblich, während es bei der Zahl der chinesischen Studierenden kaum Veränderungen gibt. Eine Begründung für diese Unterschiede zu finden, ist Teil unserer zukünftigen Forschungsagenda. Untersucht haben wir auch, ob es seit 2015 einen verstärkten Fortzug aus Dresden gibt. Anzeichen für einen massiven Wegzug konnten wir allerdings im Rahmen unserer Analysen nicht finden. Zuletzt haben wir uns noch die Entwicklung Leipzigs im Detail angeschaut. Eine Betrachtung von Leipzig ist nicht nur aufgrund seiner Nähe zu Dresden interessant, sondern auch deshalb, weil es dort den mit Abstand größten *PEGIDA*-Ableger, bekannt als *LEGIDA*, gab. Unsere Analysen zeigen, dass die *LEGIDA*-Proteste keine nennenswerten Konsequenzen hatten. Eine aus unserer Sicht plausible Erklärung für den Unterschied zwischen Dresden und Leipzig ist, dass parallel zu den Demonstrationen von *LEGIDA* stets Gegenproteste stattfanden, deren Teilnehmerzahlen um ein Vielfaches höher waren. An der ersten Kundgebung in Leipzig nahmen ungefähr 2 500 Personen teil, an der Gegendemonstration etwa 30 0000. Der Eindruck, dass völkische Neigungen in der lokalen Bevölkerung sehr weit verbreitet sind, konnte dadurch kaum entstehen. In Dresden setzten die Gegenkundgebungen erst relativ spät ein und die Anzahl der Gegendemonstrierenden war meist geringer als die Zahl der Menschen, die an den Kundgebungen von *PEGIDA* teilnahmen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Ergebnisse unserer Untersuchung zeigen, dass rechte Demonstrationen den Zuzug nach Dresden stark verringert haben. Besonders ausgeprägt ist der Rückgang bei der Zahl der jungen Deutschen, die aus anderen Bundesländern nach Dresden ziehen. Auch bei der Zahl der internationalen Studierenden zeigt sich ein starker Abfall. Aus wirtschaftlicher Perspektive ist dies besorgniserregend, da ein erheblicher Teil der Studierenden nach Ende ihres Studiums ihre Berufslaufbahn am Studienort beginnt (Haußen und Übelmesser 2015) und der Wirtschaftsstandort Dresden für seine weitere Entwicklung auf den Zuzug von hochqualifizierten Menschen aus dem In- und Ausland angewiesen ist. Aufgrund des massiven Imageverlustes, den Dresden infolge der rechten Proteste erfahren hat, gehen wir davon aus, dass diese Demonstrationen sich nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristig negativ auf die Entwicklung der Stadt Dresden auswirken werden.

Abb. 4

Auswirkungen der rechten Proteste in Dresden auf die Zahl der internationalen Studierenden



Anmerkung: Diese Grafik zeigt die Ergebnisse einer Synthetischen-Kontrollgruppen-Analyse. Die abhängige Variable ist die Anzahl der internationalen Studierenden im ersten Hochschulsemester. Das „synthetische Dresden“ setzt sich in dieser Analyse aus den folgenden Städten zusammen: Aachen (0.192), Berlin (0.012), Bochum (0.370), Dortmund (0.024), Düsseldorf (0.173) und Hamburg (0.230).

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

QUELLENVERZEICHNIS

Abadie, A. (2021), „Using Synthetic Controls: Feasibility, Data Requirements, and Methodological Aspects", Journal of Economic Literature, 59(2), S. 391-425.

Abadie, A. und J. Gardeazabal (2003), „The Economic Costs of Conflict: A Case Study of the Basque Country", American Economic Review, 93(1), S. 113-132.

Berger, R., Poppe, S. und M. Schuh (2016), „Everything Counts in Large Amounts", in: Rehberg, K., Kunz, F. und T. Schlinzig (Hrsg.), PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und Wende-Enttäuschung?, Transcript Verlag, S. 113-132.

Brox, E. und T. Krieger (2021), Far-right Protests and Migration, Working Paper, aktuelle Version verfügbar unter: https://tommykrieger.eu/uploads/FarRightProtest.pdf.

Daphi, P., Kocyba, P., Neuber, M., Roose, J., Rucht, D., Scholl, F., Sommer, M., Stuppert, W. und S. Zajak (2015), Protestforschung am Limit: Eine soziologische Annäherung an Pegida, ipb Working Paper 1/2015.

Haußen, T. und S. Übelmesser (2015), „Mobilität von Hochschulabsolventen in Deutschland", ifo Dresden berichtet, 22 (02), S. 42-50.

Geiges, L., Marg, S. und F. Walter (2015), PEGIDA: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, transcript Verlag.

Moretti, E. (2012), The New Geography of Jobs, Houghton Mifflin Harcourt.

Patzelt, W. und J. Klose (2016), PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Thelem Verlag.

Voigtländer, N. und H.-J. Voth (2012), „Persecution Perpetuated: The Medieval Origins of Anti-Semitic Violence in Nazi Germany", Quarterly Journal of Economics, 127 (03), S. 1 339-1 392

Vorländer, H., Herold, M, und S. Schäller (2015), PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Springer Verlag.

Vorländer, H., Herold, M. und S. Schäller (2018), PEGIDA and New Right-Wing Populism in Germany, Springer International Publishing.

1 Für eine ausführlichere Beschreibung der Entstehung und Entwicklung von PEGIDA, siehe u. a. Geiges et al. (2015), Patzelt und Klose (2016) und Vorländer et al. (2015, 2018). Unsere Zusammenfassung der Ereignisse basiert auf diesen Quellen.

2 Die rechte Ausrichtung von PEGIDA zeigt sich neben den auf den Protesten ausgerufenen politischen Forderungen auch an der regelmäßigen Verwendung von NSDAP-Parolen, wie z. B. „Lügenpresse" oder „Volksverräter".

3 Bachmann wurde vorgeworfen, dass er auf Facebook Asylsuchende als „Dreckspack", „Viehzeug" und „Gelumpe" bezeichnete. Am 3. Mai 2016 wurde er wegen dieser volksverhetzenden Beleidigungen zu einer Geldstrafe verurteilt.

4 Umfragen unter den PEGIDA-Anhänger*innen wurden unabhängig voneinander von verschiedenen Seiten durchgeführt, siehe Daphi et al. (2015), Geiges et al. (2015), Patzelt und Klose (2016), Vorländer et al. (2015, 2018).

5 Der Datensatz enthält sowohl Informationen über deutsche als auch nichtdeutsche Personen. Im Rahmen unserer Analyse können wir allerdings nur die Daten zu den Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft verwenden. Dies ist der Fall, da die Zahl der zugezogenen Ausländer*innen aufgrund der Europäischen Migrationskrise und der Tatsache, dass sich in Dresden eine Erstaufnahmeeinrichtung (Zeltstadt) befand, erheblich verzerrt ist.

6 Da die PEGIDA-Proteste in Dresden erst Ende Oktober 2014 begannen und erst ab Ende November nennenswerte mediale Aufmerksamkeit bekamen, haben wir das Jahr 2015 als erste Post-Treatment-Periode gewählt.

7 Das Synthetische-Kontrollgruppen-Verfahren wurde von Abadie und Gardeazabal (2003) entwickelt. Eine ausführliche Beschreibung dieser Methode findet sich in Abadie (2021).

8 Um den Imageverlust der Stadt Dresden zu zeigen, nutzen wir in Brox und Krieger (2021) Ergebnisse des Brandmeyer Stadtmarken-Monitors, eine aller fünf Jahre durchgeführte repräsentative Umfrage zur Attraktivität der 50 größten deutschen Städte. Die Resultate dieser Umfrage zeigen, dass sich das Ansehen Dresdens vor allem bei jungen Erwachsenen (18–30 Jahre) erheblich verschlechterte. Besonders deutlich ist der Rückgang dabei in den Kategorien „Guter Ruf" und „Sympathische Stadt". Im Jahr 2015 lag die Stadt Dresden bspw. in der Kategorie „Guter Ruf" bei jungen Erwachsenen auf dem zwölften Platz. Fünf Jahre später rangierte Dresden nur noch auf dem dreißigsten Platz.

*Niels Gillmann, Jannik A. Nauerth und Joachim Ragnitz**

ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2021: Ostdeutsche Wirtschaft erholt sich

Im Jahr 2021 dürfte die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland um 2,4% wachsen; in Sachsen dürfte das Bruttoinlandsprodukt etwas stärker um 3,1% zulegen (Deutschland: 3,3%). Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen um 3,6% und 3,9% wachsen (Deutschland: 4,3%).

Im Jahr 2021 dürfte die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland um 2,4% zulegen (vgl. Tab. 1); in Sachsen dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 3,1% wachsen (Deutschland: 3,3%). Damit ist das Wachstum etwas niedriger als noch im Dezember erwartet. Dies liegt hauptsächlich an dem leichten Dämpfer der Erholung im ersten Quartal des laufenden Jahres. Die Erholung im weiteren Jahresverlauf ist zwar kräftig, reicht aber nicht ganz aus, um auf die im Dezember prognostizierten Wachstumsraten zu kommen. Zum Jahresende 2021 dürfte das Vorkrisenniveau des BIP aber wieder überschritten werden.

Für das kommende Jahr erwartet das ifo Institut eine Zunahme der wirtschaftlichen Leistung in Ostdeutschland und Sachsen um 3,6% und 3,9% (Deutschland: 4,3%). Die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten überzeichnen jedoch die tatsächliche Wachstumsdynamik, denn diese ist durch die starke Erholung der Dienstleistungsbereiche im zweiten Halbjahr 2021 beeinflusst. Im Verlauf des Jahres 2022 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf einem niedrigeren Niveau stabilisieren.

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in Ostdeutschland und Sachsen in diesem Jahr um 0,1% zunehmen. Da die Corona-Einschränkungen nach derzeitigem Stand erst im dritten Quartal komplett wegfallen, kommt die Erholung am Arbeitsmarkt nur langsam in Fahrt. Im kommenden Jahr dürfte die Zahl der Erwerbstätigen dann wieder um jeweils 1,2% zunehmen.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM ÜBERBLICK

Seit April dieses Jahres haben sich das Infektionsgeschehen mit dem Coronavirus in Deutschland deutlich verlangsamt und der Fortschritt bei den Impfungen gegen Covid-19 an Tempo gewonnen. Damit dürften die bestehenden wirtschaftlichen Beschränkungen allmählich aufgehoben werden, so dass einer vollständigen konjunkturellen Erholung beim Handel und in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen bis zum Ende des Jahres nichts mehr im Wege steht. Kurzfristig dämpfend wirken die Engpässe bei der Lieferung von Vorprodukten. Somit dürfte sich der industrielle Boom im weiteren Verlauf etwas abkühlen, auch weil die kräftigen Anstiege der Erzeugerpreise die Nachfrage bremsen. Insgesamt dürfte das BIP in Deutschland in diesem Jahr um 3,3% und im kommenden Jahr um 4,3% zulegen. Eine detaillierte Darstellung der Deutschlandprognose des ifo Instituts findet sich in Wollmershäuser et al. (2021).

Die Prognose hängt stark ab vom weiteren Pandemieverlauf, dem Impffortschritt sowie den Auswirkungen der Wieder-

* Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden, Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tab. 1

Eckdaten der ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

	Ostdeutschland		Sachsen	
	2021	2022	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	**2,4**	**3,6**	**3,1**	**3,9**
Bruttowertschöpfung (preisbereinigt)				
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	6,0	2,0	8,5	3,0
Baugewerbe	1,2	1,9	0,8	1,3
Handel, Gastgewerbe, Verkehr; Information und Kommunikation	5,0	7,9	4,0	7,0
Finanz-, Versicherungs-, Untern.-DL; Grundstücks- und Wohnungswesen	2,0	2,9	2,9	3,9
Öffentliche und sonstige Dienstleister; Erziehung und Gesundheit	2,1	3,0	2,4	3,5
Erwerbstätige	0,1	1,2	0,1	1,2

Quelle: ifo Institut, Prognose vom Juni 2021.

© ifo Institut

öffnung vieler Unternehmen auf die wirtschaftliche Aktivität. Abwärtsrisiken bestehen unter anderem darin, dass die Produktion und Verteilung von Impfstoffen gegen Covid-19 nicht ausreichend zügig vonstattengeht und dass es zu neuen und noch ansteckenderen Virusvarianten kommen könnte.

Zudem besteht eine erhebliche Unsicherheit auch hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit vieler Unternehmen. Die Coronakrise hatte einen starken negativen Effekt auf die Gewinne und den Verschuldungsgrad vieler Unternehmen, insbesondere bei kontaktintensiven Dienstleistern. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in den kommenden Monaten noch eine größere Zahl von Unternehmen aus dem Markt ausscheiden muss, was die konjunkturelle Erholung belasten würde.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN OSTDEUTSCHLAND UND SACHSEN

Überblick

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen verläuft im Großen und Ganzen ähnlich wie in Deutschland insgesamt. Nach der Erholung der Wirtschaftsleistung zum Ende des Jahres 2020 verlangsamte sich die Entwicklung im ersten Quartal des neuen Jahres wieder (vgl. Abb. 1). Maßgeblich hierfür war der erneute Lockdown, welcher die kontaktnahen Dienstleister einschränkte. Die Bauwirtschaft wurde von schlechten Witterungsbedingungen ausgebremst. Zudem verhinderten Lieferengpässe bei Vorleistungsgütern eine Ausweitung der Industrieproduktion.

Im Laufe des zweiten Quartals verbesserte sich die Geschäftslage spürbar. In vielen Bereichen konnten die Infektionsschutzmaßnahmen gelockert werden. Zeitgleich stiegen die Geschäftserwartungen in allen Landesteilen kräftig (vgl. Abb. 2). Annahmegemäß dürften die Kontaktbeschränkungen im dritten Quartal wegfallen und der Erholung der kontaktnahen Dienstleister nichts mehr im Wege stehen. Zudem dürften sich auch die Ursachen für die Lieferengpässe in der zweiten Jahreshälfte allmählich auflösen und die Industrieproduktion wieder kräftig expandieren.

Alles in allem dürfte sich die Wirtschaft in Ostdeutschland und Sachsen zum Ende des laufenden Jahres vollständig von der pandemiebedingten Krise erholt haben. Im kommenden Jahr dürfte sich das Wachstum dann wieder normalisieren. Aufgrund der starken Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2021 wird die tatsächliche Dynamik durch die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten für das Jahr 2022 allerdings überzeichnet. Dies macht sich vor allem bei den konsumnahen Dienstleistern bemerkbar. Der statistische Effekt täuscht darüber hinweg, dass die Wachstumsraten im Jahr 2022 eigentlich nur moderat ausfallen.

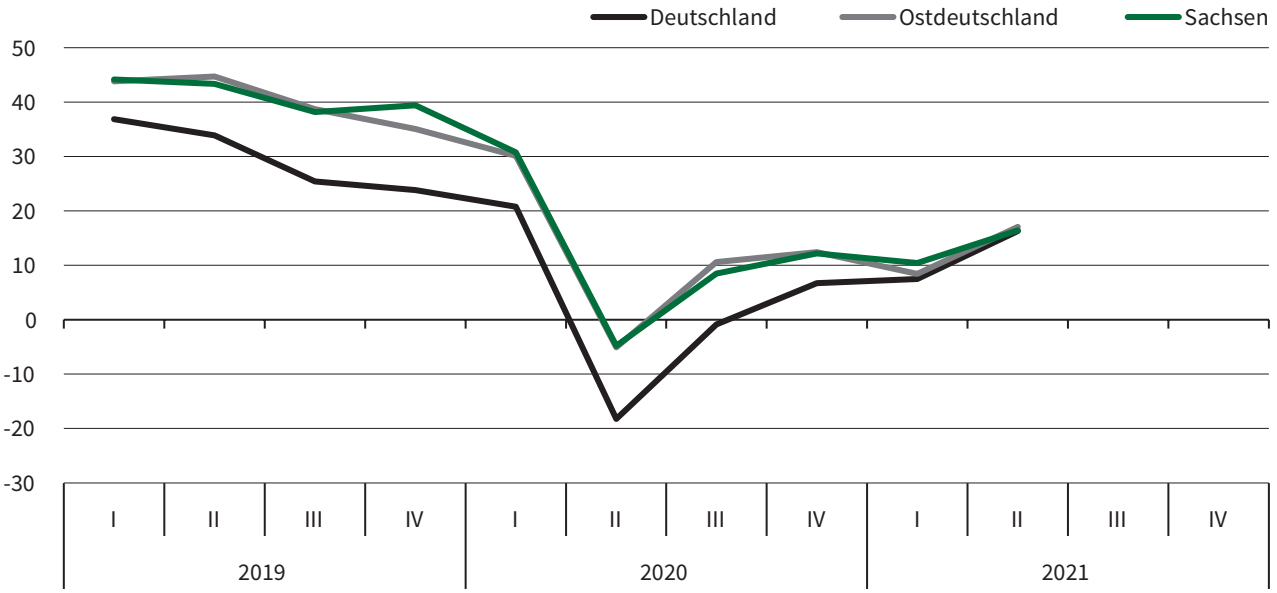
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe

Das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe verzeichnete im Coronajahr 2020 einen deutlichen Einbruch. Mit der weltweit grassierenden Corona-Pandemie brach die Produktion im zweiten Quartal kräftig ein. Seit dem dritten Quartal 2020 erholt sich die Industrie zusehends.

Zum Jahresanfang 2021 verlangsamte sich der Erholungsprozess etwas. Hierfür dürften vor allem Lieferengpässe bei vielen Vorleistungsgütern verantwortlich sein. Durch die Corona-Pandemie kam es weltweit zu Verzögerungen bei Produktion und Lieferung von bspw. Mikrochips und Autoteilen. Die Nachfrage nach diesen Gütern stieg im Zuge der industriellen Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2020 aber sprunghaft an. Die Kombination aus niedrigerem Angebot und hoher Nachfrage führt aktuell zu kräftigen Preisanstiegen, welche die industrielle Entwicklung temporär dämpfen. Diese ist auch in

Abb. 1

ifo Geschäftslage für die gesamte regionale Wirtschaft[a] (Salden, saisonbereinigt)



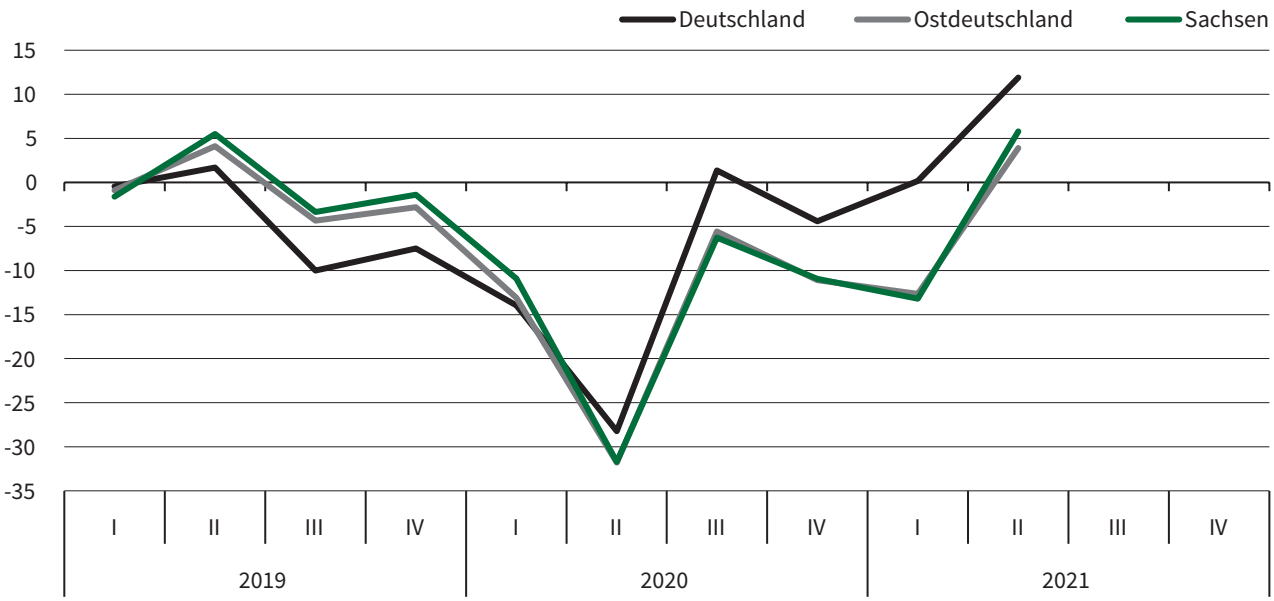
a) Zweites Quartal 2021 ohne Juni.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2021.

© ifo Institut

Abb. 2

ifo Geschäftserwartungen für die gesamte regionale Wirtschaft[a] (Salden, saisonbereinigt)



a) Zweites Quartal 2021 ohne Juni.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2021.

© ifo Institut

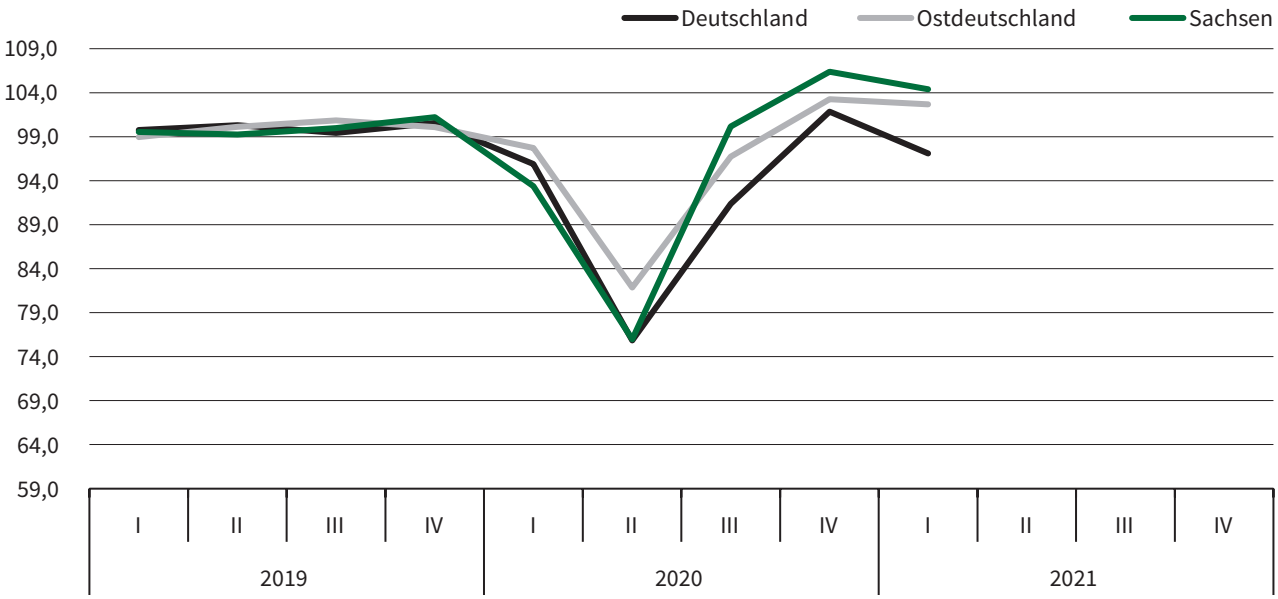
der Umsatzentwicklung der Industrieunternehmen zu beobachten (Abb. 3).

Mit der Überwindung der Corona-Pandemie in der zweiten Jahreshälfte 2021 dürften die Ursachen der Lieferengpässe verschwinden. Exporte und Unternehmensinvestitionen dürften wieder anziehen. Hiervon können auch ostdeutsche und sächsische Unternehmen profitieren. Zum Ende des Jahres 2021 dürfte die wirtschaftliche Erholung der Industrie weitestgehend abgeschlossen sein. Im kommenden Jahr dürften sich die Wachstumsraten der Industrie deshalb normalisieren. Aufgrund der geringeren Einbindung in den Welthandel dürften die Wachstumsraten in Ostdeutschland und Sachsen aber etwas kleiner ausfallen als in Deutschland insgesamt.

Im laufenden Jahr dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung (BWS) des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um 6,0% wachsen. In Sachsen dürfte der Anstieg mit 8,5% noch stärker ausfallen. Im kommenden Jahr dürfte die Industrie mit Wachstumsraten von 2,0% (Ostdeutschland) bzw. 3,0% (Sachsen) expandieren.

Abb. 3

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (Normiert, 2019 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2021a).

© ifo Institut

Baugewerbe

Die Bauwirtschaft expandierte im Jahr 2020 trotz der Coronakrise. In Ostdeutschland und Sachsen fiel der Zuwachs aber nur verhalten aus. Nach einem auch witterungsbedingt guten ersten Quartal 2020 verlangsamte sich die Bautätigkeit im Jahresverlauf. Im vierten Quartal zog die Bautätigkeit wieder an.

Ins Jahr 2021 startete die Bauwirtschaft verhalten (vgl. Abb. 4). Dies ist vor allem auf die im Vergleich zum Vorjahresquartal deutlich schlechteren Witterungsbedingungen zurückzuführen. Ein Teil der im ersten Quartal geplanten Bautätigkeit dürfte also ins zweite Quartal verschoben worden sein. Allerdings dürften die aktuell hohen Preise für Baumaterialien das Baugeschehen dämpfen. Erst in der zweiten Jahreshälfte dürfte die BWS des Baugewerbes wieder kräftiger expandieren.

Im kommenden Jahr dürfte die BWS des Baugewerbes wieder etwas kräftiger expandieren. Die gewerbliche Bautätigkeit dürfte mit der Überwindung der Corona-Pandemie wieder an Fahrt aufnehmen. Die öffentliche Bautätigkeit dürfte etwas verhaltener ausfallen. Die hohen Ausgaben zur Pandemie-Bekämpfung belasten die öffentlichen Haushalte. Die Treiber des Wohnungsbaus sind trotz Corona-Pandemie in Takt.

Im laufenden Jahr dürfte die preisbereinigte BWS des Baugewerbes in Ostdeutschland und Sachsen im Vorjahresvergleich um 1,2% bzw. 0,8% zunehmen. Im kommenden Jahr dürften das Baugewerbe in Ostdeutschland um 1,9% expandieren. In Sachsen dürfte der Zuwachs mit 1,3% etwas geringer ausfallen.

Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei sowie Information und Kommunikation

Der Bereich, bestehend aus Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei sowie Information und Kommunikation, zählt zu den von der Pandemie am stärksten beeinträchtigten Bereichen im Jahr 2020. Viele Unternehmen dieses Bereichs waren unmittelbar von den coronabedingten Unternehmensschließungen im Frühjahr und Winter betroffen. Ganz besonders betroffen war dabei das Gastgewerbe. Dies wird zum Beispiel an der Zahl der Übernachtungen deutlich (vgl. Abb. 5). Aber auch in anderen Wirtschaftszweigen wie dem Einzelhandel und der Personenbeförderung waren die Einschränkungen deutlich zu spüren.

Auch im ersten Quartal des laufenden Jahres waren viele Unternehmen dieses Bereichs noch in ihrer Geschäftstätigkeit eingeschränkt. Im zweiten Quartal profitieren die Dienstleistungsbereiche von den sukzessiv verabschiedeten Lockerungen und der damit einhergehenden Wiederbelebung des öffentlichen Lebens. Der Einzelhandel darf seit geraumer Zeit wieder Kunden in den eigenen Geschäftsräumen empfangen, auch wenn besondere Hygienemaßnahmen fortbestanden. Die Außen- und Innengastronomie öffnete im Verlauf des zweiten Quartals wieder ihre Tore. Die fortschreitenden Lockerungen dürften zu einer kräftigen Erholung der konsumnahen Dienstleister beitragen.

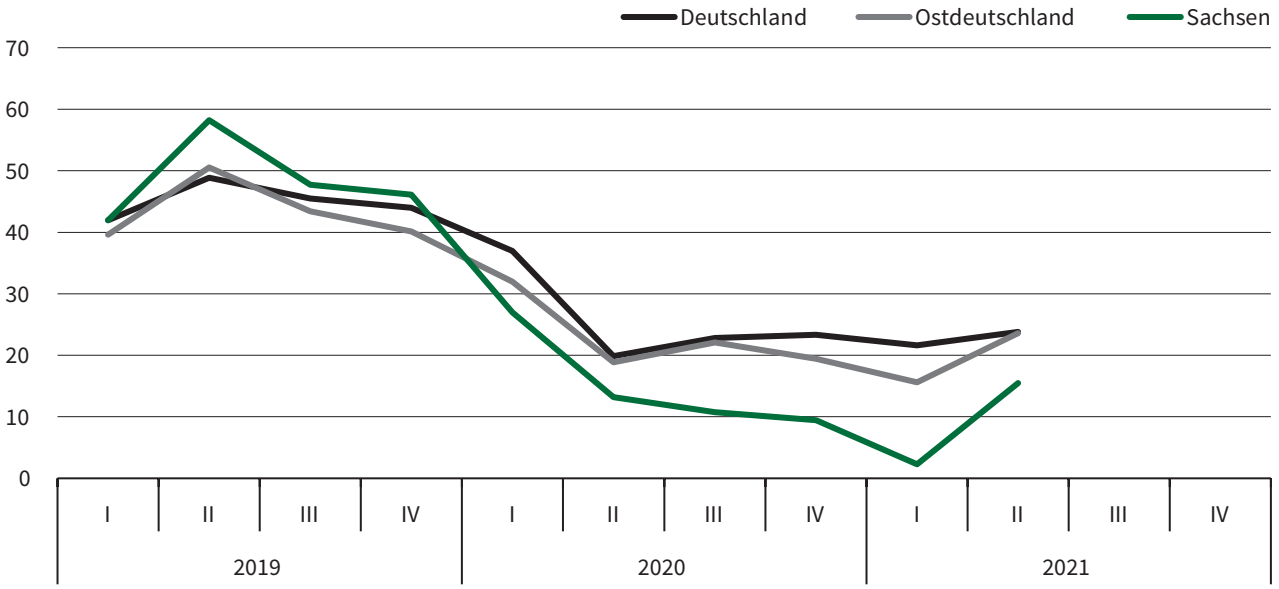
In diesem Jahr dürfte die preisbereinigte BWS im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei sowie Information und Kommunikation in Ostdeutschland und Sachsen im Vorjahresvergleich um 5,0% bzw. 4,0% zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte der Bereich mit 7,9% bzw. 7,0% expandieren.

Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Unternehmensdienstleistungen

Der Bereich aus Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen und Unternehmensdienstleistungen schrumpfte im letzten Jahr spürbar. Dies ist vor allem auf den Einbruch der Unternehmensdienstleister im zweiten Quartal 2020 zurückzuführen. Insgesamt erging es diesem Bereich deutlich besser als den konsumabhängigen

Abb. 4

ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe[a] (Salden, saisonbereinigt)

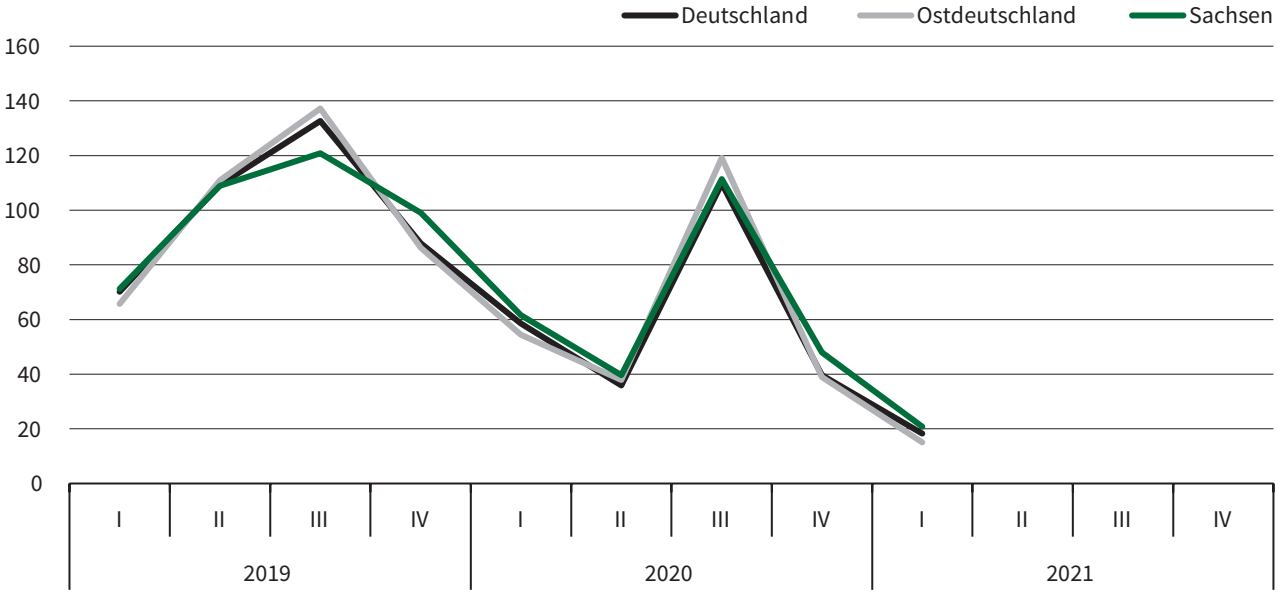


a) Zweites Quartal 2021 ohne Juni.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2021.

© ifo Institut

Abb. 5
Zahl der Übernachtungen (Normiert, 2019 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2021b).

© ifo Institut

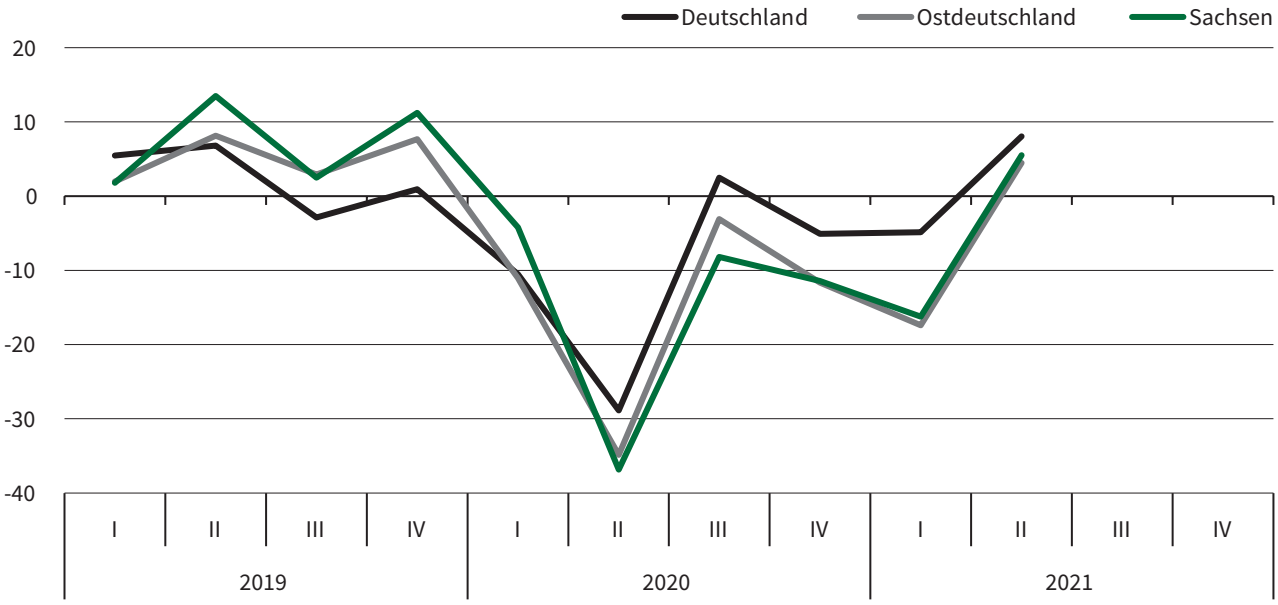
Dienstleistungsunternehmen, da dieser Bereich weniger von den Einschränkungen des öffentlichen Lebens betroffen war (vgl. Abb. 6).

Der Start ins laufende Jahr fiel auch wegen der Lieferengpässe der Industrie verhalten aus, denn viele Unternehmen dieses Bereichs sind unmittelbar von der Industriekonjunktur abhängig. Im Laufe des Jahres dürften die Unternehmensnahen Dienstleister mit der Industrie wieder kräftiger expandieren. Die ifo Geschäftserwartungen im Dienstleistungsbereich waren im zweiten Quartal wieder aufwärtsgerichtet.

Auch im Grundstücks- und Wohnungswesen ist im Jahresverlauf mit einer Zunahme der BWS zu rechnen. Der Wegfall des Mietendeckels in Berlin dürfte vor allem in Ostdeutschland noch einen Wachstumsimpuls liefern. Die Finanz- und Versicherungsindustrie dürfte sich dem Trend der letzten Jahre folgend weiter aus der Fläche zurückgezogen haben und keine Impulse für den Bereich bereithalten.

Die preisbereinigte BWS im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungsdienstleistungen sowie Unternehmensdienstleistungen in Ostdeutsch-

Abb. 6
ifo Geschäftserwartungen im Dienstleistungsbereich[a] (Salden, saisonbereinigt)



a) Zweites Quartal ohne Juni 2021.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2021.

© ifo Institut

land und Sachsen dürfte in diesem Jahr im Vorjahresvergleich um 2,0% bzw. 2,9% zugenommen haben. Im kommenden Jahr dürfte der Bereich um 2,9% bzw. 3,9% wachsen.

Öffentliche und Sonstige Dienstleistungen

Die Sonstigen Dienstleistungen waren im Jahr 2020 stark von der Corona-Pandemie betroffen. In diesen Wirtschaftsabschnitt fallen unter anderem künstlerische und kreative Tätigkeiten, aber auch Friseure und andere persönliche Dienstleistungen. Die öffentlichen Dienstleistungen zählen zu den am wenigsten betroffenen Wirtschaftsabschnitten.

Mit dem Annahmebedingten Wegfall der Corona-Restriktionen im dritten Quartal 2021 dürften vor allem die Sonstigen Dienstleister kräftig expandieren. Auch die öffentlichen Dienstleister profitieren von den Lockerungen.

In diesem Jahr dürfte die preisbereinigte BWS im Bereich Öffentliche und Sonstige Dienstleistungen in Ostdeutschland und Sachsen im Vorjahresvergleich um 2,1% bzw. 2,4% wachsen. Im kommenden Jahr dürfte der Bereich um 3,0% bzw. 3,5% zunehmen.

LITERATUR

Wollmershäuser, T., Brandt, P., Grimme, C., Lay, M., Lehmann, R., Link, S., Menkhoff, M., Möhrle, S., Rathje, A. C., Sandqvist, P., Šauer, R., Stöckli, M. und K. Wohlrabe (2021), „ifo Konjunkturprognose Sommer 2021: Deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen“, ifo Schnelldienst, 2021, Sonderausgabe Juni, S. 01-52.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2021a), „Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe: Bundesländer, Monate“, Zeitreihen aus 42111-0011, Datenabruf bei Genesis Online im Juni 2021.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2021b), „Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben: Bundesländer, Monate“, Zeitreihen aus 45412-0025, Datenabruf bei Genesis Online im Juni 2021.

*Clemens Fuest und Lea Immel**

Die langfristigen Auswirkungen von Hochschulgründungen auf lokale Löhne

In diesem Beitrag untersuchen wir, ob und inwiefern Neugründungen von Hochschulen langfristig zu steigenden Löhnen in der betreffenden Region führen. Unsere Untersuchung zeigt, dass die Gründung einer Hochschule einen positiven Langzeiteffekt auf die Löhne in umliegenden Kreisen hat. Die Höhe der Lohneffekte variiert entlang der Lohnverteilung und zwischen verschiedenen Beschäftigungsgruppen. Zudem sind die regionalen Lohnsteigerungen im Wesentlichen auf die Gründung von Fachhochschulen sowie die Gründung von Hochschulen in städtischen Regionen zurückzuführen.

EINLEITUNG

Die Gründung und der Ausbau von Hochschulen werden in vielen Ländern als ein wichtiges Instrument der regionalen Entwicklungspolitik betrachtet und genutzt. So wird in Großbritannien bspw. die Gründung von Hochschulen explizit mit dem Ziel der regionalen Entwicklungsförderung verknüpft. Auch beim Ausbau der westdeutschen Hochschullandschaft in den 1970er Jahren spielten regionalpolitische Erwägungen eine wichtige Rolle (Fritsch 2009). Aus theoretischer Sicht können Hochschulen auf verschiedene Weise zur regionalen Entwicklung beitragen. Erstens haben sie einen direkten Effekt auf die regionale Wirtschaft. Sie schaffen Arbeitsplätze und fragen Dienstleistungen und Produkte lokaler Unternehmen nach. Zweitens „produzieren" Hochschulen Absolvent*innen. Sofern die Absolvent*innen in der Region bleiben, kann das durchschnittliche Qualifikationsniveau der lokalen Arbeitskräfte und damit auch die lokale Produktivität steigen, was sich in höheren Löhnen niederschlägt. Drittens kann der Austausch zwischen Forscher*innen der Hochschule und Mitarbeiter*innen lokaler Unternehmen zu Wissenstransfers (Spillover-Effekten) zu lokalen Firmen führen. Viertens fördern viele Hochschulen die Gründung neuer Firmen durch ihre eigenen Forscher*innen oder in Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor.

Für die regionale Entwicklungspolitik ist es von entscheidender Bedeutung, ob diese produktivitätssteigernden Effekte der Wissensschaffung eine lokale Auswirkung haben oder ob sie eher national verstreut sind. Es kann z. B. sein, dass eine Universität viele hochproduktive Absolvent*innen hervorbringt, aber wenn die Absolvent*innen auf Arbeitsplätze in anderen Regionen abwandern, werden die Auswirkungen lokal nicht spürbar sein. Welche Effekte hier auftreten, ist letztlich eine empirische Frage. Aus empirischer Sicht ist jedoch noch relativ wenig über die Relevanz der Wirkung von Hochschulen auf die lokale wirtschaftliche Entwicklung bekannt.[1] In diesem Beitrag gehen wir daher der Frage nach, ob die Neugründung einer Hochschule langfristig zu Lohnwachstum in der betreffenden Region führt.

DATEN UND METHODIK

Als Datenquellen für unsere empirische Untersuchung verwenden wir zwei Datensätze: die Stichprobe der integrierten Arbeitsmarktbiographien (SIAB) sowie eine geo-kodierte Liste aller öffentlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland. Die Stichprobe der integrierten Arbeitsmarktbiographien ist eine Zwei-Prozent-Stichprobe, die aus den deutschen Sozialversicherungsdaten gezogen und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zur Verfügung gestellt wird. Die Stichprobe ist repräsentativ für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und beinhaltet neben einigen sozio-demografischen Charakteristika der Arbeitnehmer*innen auch deren Arbeitseinkommen pro Tag (Tagesentgelt). Für Westdeutschland sind die Daten von 1975 bis 2017 verfügbar.

Für unsere Analyse beschränken wir die SIAB-Daten auf alle westdeutschen vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer*innen und aggregieren die individuellen realen Tagesentgelte auf Kreisebene. Das heißt, wir berechnen für alle 324 westdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte das 25., 50. (Median) und 75. Perzentil der regionalen Lohnverteilung. Im Anschluss bestimmen wir die Längen- und Breitengrade der Kreismittelpunkte (d. h. geometrische Zentren) und berechnen ihre lineare Entfernung zur nächstgelegenen neu gegründeten Hochschule des jeweiligen Jahres. Die Informationen über das Gründungsjahr und die Adresse der Hochschulen stammen vom Informationsportal Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), welches Informationen aller öffentlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland veröffentlicht. Die aktuellsten Daten sind aus dem Jahr 2018. Wir beschränken die Daten auf die 281 Hochschulen, die nach 1945 gegründet wurden.

Mit diesen Daten können wir die Auswirkungen von Hochschulgründungen auf die regionale Lohnverteilung westdeutscher Kreise quantifizieren. Da der Standort einer neuen Hochschule nicht zufällig gewählt wird, sondern nach bestimmten ökonomischen oder politischen Erwägungen, ist der kausale Effekt einer Hochschulgründung auf lokale Löhne nur schwer

* Prof. Clemens Fuest ist Präsident und Lea Immel war zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrages wissenschaftliche Mitarbeiterin des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

zu messen. Denn es ist nicht bekannt, wie sich die Region ohne die neue Hochschule entwickelt hätte. Um den kausalen Effekt dennoch so gut wie möglich identifizieren zu können, schätzen wir eine sogenannte Ereignisstudie (vgl. Infobox 1). In deren Rahmen vergleichen wir die Lohnverteilung von Kreisen, in deren Nähe eine neue Hochschule gegründet wurde (Treatmentgruppe), mit der Lohnverteilung von Kreisen, in deren Nähe keine neue Universität gegründet wurde (Kontrollgruppe). Unter der Annahme, dass sich die Löhne in der Treatment- und Kontrollgruppe ohne Hochschulgründung gleich entwickelt hätten (Annahme paralleler Trends), können die geschätzten Effekte als kausal interpretiert werden. In der Ereignisstudie berücksichtigen wir ein Ereignisfenster von 10 Jahre vor bis 30 Jahre nach der Hochschulgründung.

HOCHSCHULGRÜNDUNGEN HABEN LANGFRISTIG POSITIVE AUSWIRKUNGEN AUF LOKALE LÖHNE

Unsere empirischen Schätzungen zeigen, dass die Gründung einer neuen Hochschule langfristig einen positiven und statistisch signifikanten Effekt auf die Löhne in umliegenden Kreisen hat und zwar entlang der gesamten Lohnverteilung. Die Effekte fallen allerdings entlang der Verteilung unterschiedlich stark aus. Im oberen Bereich der Lohnverteilung zeigen Hochschulgründungen früher Wirkung und führen zu einem höheren Lohnwachstum als im unteren Bereich. Abbildung 1 verdeutlicht dies. Die Abbildung zeigt die Ergebnisse der Ereignisstudie für den Median (a), das 75. Perzentil (b) und das 25. Perzentil (c) der regionalen Lohnverteilung. Alle drei Panels zeigen die dynamischen Effekte (grüne Kreise) von 10 Jahren vor bis 30 Jahre nach der Hochschulgründung sowie das 90-Prozent-Konfidenzintervall (grau schattierte Fläche). Die gestrichelte Linie repräsentiert den standardisierten Basiseffekt ein Jahr vor der Gründung. Abbildung 1a) zeigt, dass die Gründung einer neuen Hochschule 17 Jahre nach ihrer Eröffnung zu einer statistisch signifikanten Erhöhung des Medianlohns in den umliegenden Kreisen um 29 Cent pro Tag (oder 105,85 Euro pro Jahr) führt. Dieser Effekt wird mit der Zeit größer. 30 Jahre nach der Hochschulgründung steigt der Medianlohn um 70 Cent pro Tag (255,5 Euro pro Jahr). Bezogen auf den Stichprobenmittelwert bedeutet dies einen Anstieg der Medianlöhne um etwa 0,8%. Abbildung 1b) präsentiert die dynamischen Lohneffekte von Hochschulgründungen für das 75. Perzentil der Lohnverteilung. Hier sind die Effekte bereits 10 Jahre nach der Hochschulgründung statistisch signifikant von null verschieden. 30 Jahre nach Hochschulgründung steigt das 75. Lohnperzentil um 1,38 Euro pro Tag (503,70 Euro pro Jahr). Dies entspricht einem Lohnwachstum von 1,25%. Im Gegensatz dazu führen Neugründungen von Hochschulen beim 25. Perzentil der Lohnverteilung erst nach 21 Jahren zu statistisch signifikanten Lohneffekten (vgl. Abb. 1c). Langfristig, das heißt nach 30 und mehr Jahren, wächst das 25. Perzentil um 37 Cent pro Tag (135,05 Euro pro Jahr) und damit um 0,58%.

Darüber hinaus können wir zeigen, dass sich die Höhe der Lohneffekte nicht nur entlang der Lohnverteilung, sondern auch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheidet. Den größten Lohneffekt finden wir für Arbeitnehmer*innen mit Hochschulabschluss. 30 Jahre nach Hochschulgründung steigt ihr Medianlohn um 1 010 Euro pro Jahr, was einem Lohnwachstum von 1,87% entspricht. Vergleicht man die Lohneffekte für verschiedene Berufsgruppen stellt man zudem fest, dass die Lohneffekte für Beschäftigte, die kaufmännische und unternehmensbezogene Dienstleistungen erbringen, am höchsten sind. Nach 30 Jahren wächst ihr Medianlohn durchschnittlich um 1,32%, während der Medianlohn von Beschäftigten, die andere Dienstleistungen erbringen oder in der Produktion tätig sind, um 0,83% bzw. 0,60% wächst.

Infobox 1: Ereignisstudie

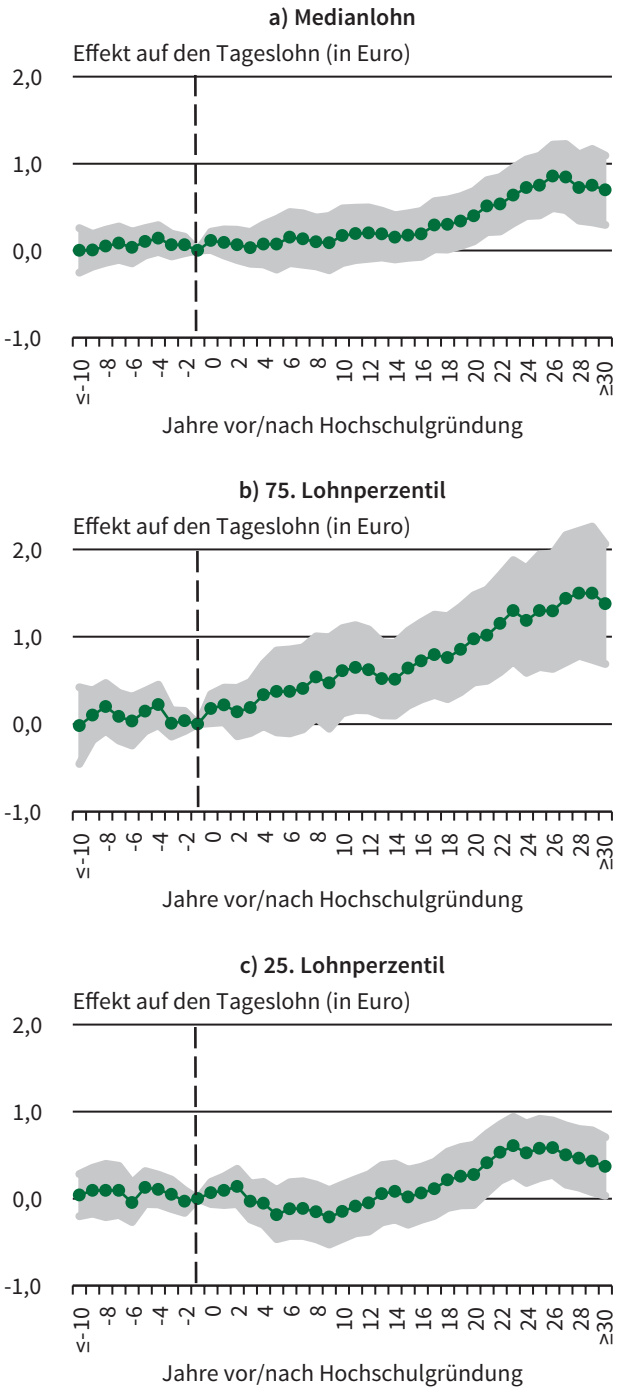
Eine Ereignisstudie ist ein ökonometrisch-statistisches Schätzverfahren, mit deren Hilfe evaluiert werden kann, ob und wie ein zeitlich klar definiertes Ereignis, wie z. B. eine Hochschulgründung, seinen Effekt über einen längeren Zeitraum (Ereignisfenster) hinweg entfaltet. In unserer Analyse definieren wir die Neugründung einer Hochschule als Ereignis. Da in einigen Regionen zwischen 1945 und 2018 mehr als eine Universität gegründet wurde (z. B. in Hamburg, Hannover, Frankfurt), schätzen wir einen verallgemeinerten Ereignisstudienansatz mit mehreren Ereignissen. Hierfür wird zunächst ein Ereignis- oder Treatment-Indikator definiert. Für unsere Analyse definieren wir den Treatment-Indikator über die Entfernung des Kreismittelpunkts zu der neu gegründeten Hochschule: Wird in einem Jahr im Umkreis von 75 km eines Kreismittelpunkts eine Hochschule neu gegründet, nimmt der Indikator den Wert 1 an (Treatmentgruppe), andernfalls ist er 0 (Kontrollgruppe). In einer Kleinste-Quadrate-Schätzung wird die abhängige Variable nun auf den Treatment-Indikator regressiert. Als abhängige Variable nutzen wir verschiedene Lohnperzentile auf Kreisebene. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass das Ereignis seinen Effekt über einen längeren Zeitraum hinweg entfalten kann, nehmen wir zeitlich verzögerte Treatment-Indikatoren mit in die Regression auf. Wir begrenzen das Ereignisfenster hierbei auf 30 Jahre nach der Hochschulgründung und nehmen an, dass Effekte danach konstant sind, indem wir die Randsummen bilden. Um die Plausibilität der parallelen Trends zu überprüfen, nehmen wir Treatment-Indikatoren für bis zu 10 Jahre vor der Hochschulgründung ebenfalls mit in die Regression auf. Zusätzlich kontrollieren wir für Kreis-Fixe Effekte, um inhärente Unterschiede zwischen Regionen aufzufangen, sowie für Bundesland-Jahr-Fixe Effekte, um unbeobachtete zeitinkonsistente Variablen auf Bundeslandebene zu erfassen. Unter Berücksichtigung der Datenanforderungen der Ereignisstudie sowie der Datenverfügbarkeit beobachten wir unsere abhängigen Variablen von 1975 bis 2008 und die Hochschuleröffnungen von 1945 bis 2018.

DIE POSITIVEN LOHNEFFEKTE ENTSTEHEN DURCH GRÜNDUNGEN VON FACHHOCHSCHULEN SOWIE HOCHSCHULGRÜNDUNGEN IN STÄDTISCHEN REGIONEN

Schauen wir uns die Auswirkungen von Hochschulgründungen genauer an, so stellen wir fest, dass die positiven Effekte auf den Medianlohn der umliegenden Kreise im Wesentlichen auf die Gründungen von Fachhochschulen sowie auf Hochschulgründungen in städtischen Regionen zurückzuführen sind.

Abb. 1

Auswirkungen von Hochschulgründungen auf die Lohnverteilung

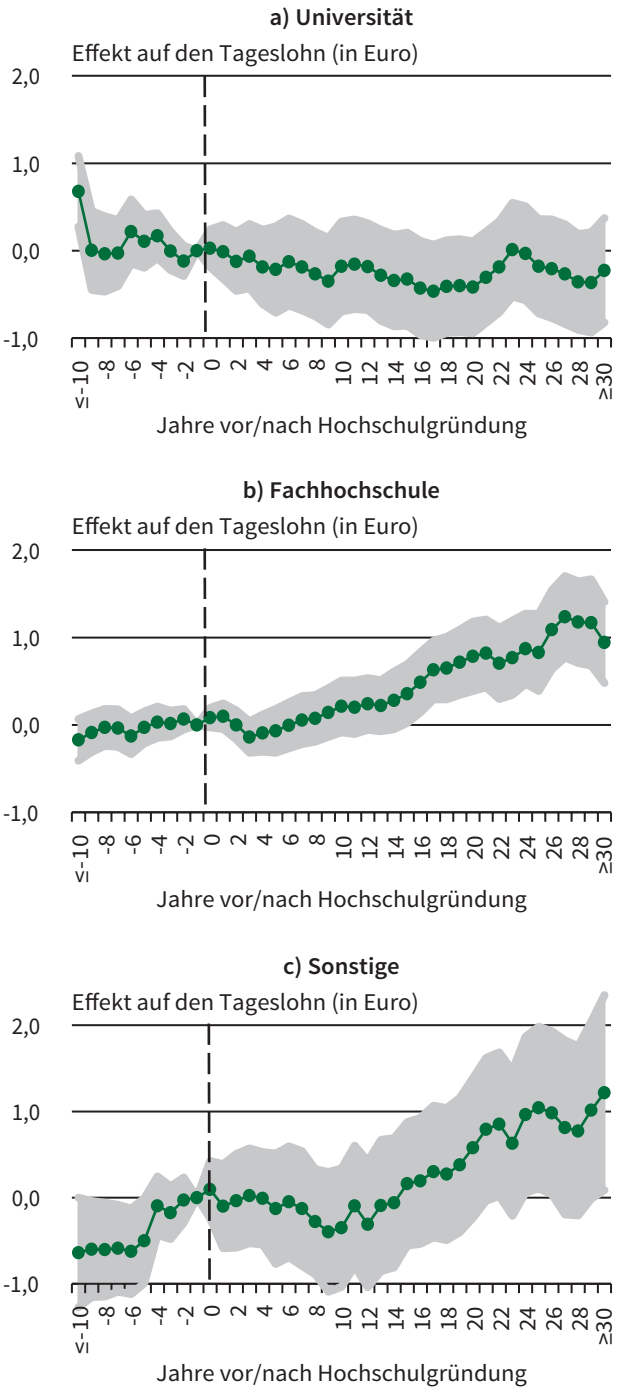


Anmerkung: Die Abbildung präsentiert die Ergebnisse der Ereignisstudie. Die grünen Kreise stellen Punktschätzer dar, die grau schattierten Flächen 90%-Konfidenzintervalle. Standardfehler sind auf Ebene der Arbeitsmarktregionen geclustert.

Quelle: SIAB, Hochschulkompass, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2

Auswirkungen von Hochschulgründungen auf den Medianlohn nach Hochschultyp



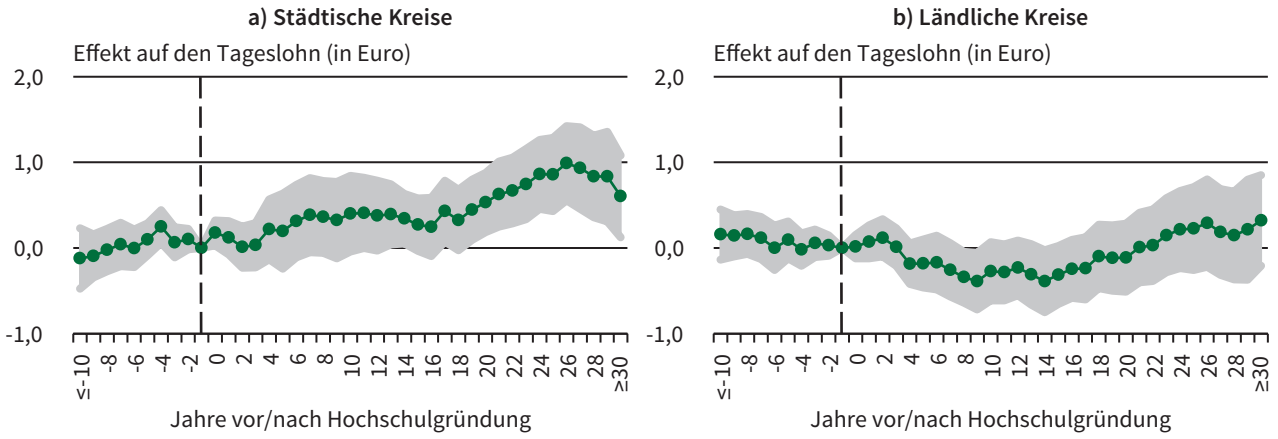
Anmerkung: Die Abbildung präsentiert die Ergebnisse der Ereignisstudie. Die grünen Kreise stellen Punktschätzer dar, die grau schattierten Flächen 90%-Konfidenzintervalle. Standardfehler sind auf Ebene der Arbeitsmarktregionen geclustert.

Quelle: SIAB, Hochschulkompass, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse einer Heterogenitätsanalyse nach Hochschultyp, Abbildung 3 präsentiert die Ergebnisse nach ländlichen und städtischen Kreisen. Wir berechnen die heterogenen Effekte, indem wir die in Infobox 1 beschriebene Ereignisstudie mit Interaktionstermen zwischen den Treatment-Indikatoren und verschiedenen Dummy-Variablen schätzen. Die Dummy-Variablen zeigen dabei an, ob es sich bei der neu gegründeten Hochschule um eine Universität, eine Fachhochschule oder um eine Hochschule sonstigen Typs (Kunst- und Musikhochschulen, Berufsakademien etc.) handelt bzw. ob sich die neu gegründete Universität in der Nähe eines ländlichen oder eines städtischen Kreises befindet.

Abb. 3

Auswirkungen von Hochschulgründungen auf den Medianlohn nach Urbanisierungsgrad



Anmerkung: Die Abbildung präsentiert die Ergebnisse der Ereignisstudie. Die grünen Kreise stellen Punktschätzer dar, die grau schattierten Flächen 90%-Konfidenzintervalle. Standardfehler sind auf Ebene der Arbeitsmarktregionen geclustert.

Quelle: SIAB, Hochschulkompass, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Wie man den Abbildungen entnehmen kann, unterscheiden sich die Lohneffekte von Hochschulgründungen sehr stark, je nachdem um welchen Typ von Hochschule es sich handelt und in welcher Region die Hochschule gegründet wurde. Während die Effekte für Fachhochschulen (vgl. Abb. 2b) statistisch signifikant sind und sich in ihrer Höhe nicht wesentlich von den Effekten in Abbildung 1 unterscheiden, sind die Koeffizienten für Universitäten und Hochschulen sonstigen Typs (vgl. Abb. 2a und 2c) nicht statistisch signifikant von null verschieden. Ebenso sind die Effekte von Hochschulgründungen auf die Medianlöhne ländlicher Kreise (vgl. Abb. 3b) statistisch insignifikant, während die Effekte auf die Medianlöhne städtischer Kreise (vgl. Abb. 3a) weitgehendst mit unseren Ergebnissen aus Abbildung 1 übereinstimmen.

Die Tatsache, dass wir Effekte nur für Fachhochschulen beobachten, kann zwei Gründe haben. Erstens haben Fachhochschulen möglicherweise einen komparativen Vorteil was die lokale Integration und das lokale Engagement der Hochschule betrifft. Während Universitäten für ihre nationalen und internationalen Netzwerke sowie ihre international ausgerichtete Forschung bekannt sind, engagieren sich Fachhochschulen stärker im regionalen Industrieverbund. Infolgedessen können Fachhochschulen ihre Lehrpläne an die Anforderungen lokaler Unternehmen anpassen und sich damit thematisch stärker an der lokalen Beschäftigungsstruktur ausrichten (Jaeger und Kopper 2014). Zweitens haben Absolvent*innen von Fachhochschulen möglicherweise eine geringere regionale Mobilität als Universitätsabsolvent*innen. Studien, die die regionale Mobilität von Absolvent*innen in Deutschland analysieren, finden in der Tat, dass Absolvent*innen von Fachhochschulen eine statistisch signifikant höhere Bindung an das Bundesland ihrer Hochschule haben als Universitätsabsolvent*innen. Wenn Fachhochschulabsolvent*innen nach ihrem Studium eher in der Region ihrer Hochschule bleiben, während Universitätsabsolvent*innen eher in andere Arbeitsmärkte abwandern, ist es nicht verwunderlich, dass wir insbesondere für Fachhochschulgründungen positive lokale Lohneffekte identifizieren, nicht aber für Universitätsgründungen. Gleiches gilt für Hochschulgründungen in städtischen und ländlichen Gebieten. Auch hier zeigen Studien, dass Hochschulabsolvent*innen eher den ländlichen als den städtischen Raum verlassen (Krabel und Flöther 2014). Dass wir für einige Hochschultypen keine Auswirkungen auf lokale Arbeitseinkommen beobachten, bedeutet also nicht, dass von ihnen keine Produktivitäts- und Lohneffekte ausgehen. Vermutlich sind die Wirkungen nur über weiter entfernte und mehr Regionen verstreut.

ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Beitrag haben wir die Frage untersucht, ob Neugründungen von Hochschulen langfristig zu Lohnwachstum in der betreffenden Region führen und sie somit ein wirksames Instrument der regionalen Entwicklungspolitik darstellen. Unter Verwendung detaillierter administrativer Sozialversicherungsdaten zeigen wir, dass die Gründung einer neuen Hochschule einen positiven Langzeiteffekt auf die Löhne in den umliegenden Kreisen hat. Das Ausmaß und der Zeitpunkt des Lohneffekts variiert allerdings entlang der Lohnverteilung sowie zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen. Die Lohneffekte sind insbesondere im oberen Bereich der Lohnverteilung am größten, ebenso wie für Beschäftigte mit Hochschulabschluss und Beschäftigte, die kommerzielle und unternehmensbezogene Dienstleistungen erbringen. Darüber hinaus zeigen wir, dass der Effekt einer Hochschulgründung auf lokale Löhne stark davon abhängt, welcher Typ Hochschule gegründet und wo die Hochschule eröffnet wird. Die positiven Lohneffekte können im Wesentlichen auf die Gründung von Fachhochschulen sowie auf die Gründung von Hochschulen in städtischen Regionen zurückgeführt werden. Eine mögliche Erklärung dieser Ergebnisse ist, dass Absolvent*innen von Fachhochschulen eine stärkere Tendenz haben, in der Region ihrer Hochschule zu bleiben, insbesondere wenn es sich um eine städtische Region handelt, in der bessere Arbeitsmarktbedingungen vorhanden sind.

LITERATUR

Abramovsky, L., Harrison, R. und H. Simpson (2007), „University Research and the Location of Business R&D", The Economic Journal 117(519), C114–C141.

Anselin, L., Varga, A. und Z. Acs (1997), „Local Geographic Spillovers Between University Research and High Technology Innovations", Journal of Urban Economics 42(3), S. 422–448.

Bania, N., Eberts, R. W. und M. S. Fogarty (1993), „Universities and the Startup of New Companies: Can We Generalize from Route 128 and Silicon Valley?", The Review of Economics and Statistics 75(4), S. 761–766.

Beeson, P. und E. B. Montgomery (1993), „The Effects of Colleges and Universities on Local Labor Markets", The Review of Economics and Statistics, 75(4), S.753–61.

Fritsch, M. (2009), „Was können Hochschulen zur regionalen Entwicklung beitragen?", Die Hochschule, Journal für Wissenschaft und Bildung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1, S. 38–53.

Hausman, N. (2012), „University Innovation, Local Economic Growth, and Entrepreneurship", US Census Bureau Center for Economic Studies Paper No. CES-WP-12-10.

Jaeger, A. und J. Kopper (2014), „Third Mission Potential in Higher Education: Measuring the Regional Focus of Different Types of HEIs", Review of Regional Research 34(2), S. 95–118.

Jaffe, A. B. (1989), „Real Effects of Academic Research", The American Economic Review 79 (1989), S. 957–970.

Kantor, S. und Whalley, A. (2014), „Knowledge Spillovers from Research Universities: Evidence from Endowment Value Shocks", Review of Economics and Statistics 96(1), S. 171–188.

Krabel, S. und C. Flöther (2014), „Here Today, Gone Tomorrow? Regional Labour Mobility of German University Graduates", Regional Studies 48(10), S. 1 609–1 627.

Moretti, E. (2004), „Estimating the Social Return to Higher Education: Evidence from Longitudinal and Repeated Cross-sectional Data", Journal of Econometrics 121(1-2), S. 175–212.

Varga, A. (2000), „Local Academic Knowledge Transfers and the Concentration of Economic Activity", Journal of Regional Science 40(2), S. 289–309.

Woodward, D., Figueiredo, O. und P. Guimaraes (2006), „Beyond the Silicon Valley: University R&D and High-technology Location", Journal of Urban Economics 60(1), S. 15–32.

1 Nach Jaffe (1989) hat ein Großteil der empirischen Forschung zu regionalen Effekten von Hochschulen lokale Spillover-Effekte von Universitäten auf Innovation und Forschung (Anselin et al. 1997, Varga 2000, Abramovsky et al. 2007), auf Unternehmensgründungen und Unternehmertum (Bania et al. 1993, Woodward et al. 2006) oder auf Beschäftigungsveränderungen (Beeson und Montgomery 1993) geschätzt. Moretti (2004), Hausman (2012), und Kantor und Whalley (2014) schätzen Spillover-Effekte von Universitäten oder universitären Aktivitäten auf Einkommen und Verdienste.

*Christian Leßmann**

60 Jahre Mauerbau: Leuchtende Landschaften

Satellitenbilder von 1992 und 2018 illustrieren eindrücklich, wie stark sich die Lichtemissionen und damit einhergehend die wirtschaftlichen Aktivitäten in den neuen Bundesländern zwischen 1992 und 2018 verändert haben. Auch wenn die Zugewinne an Lichtintensität nicht überall gleichermaßen sichtbar sind, so sind verschiedene Regionen in Nachtaufnahmen deutlich heller geworden.

Am 10. August 1961 begann der Bau der Berliner Mauer, welche Deutschland scheinbar endgültig in zwei Teile trennte und für Menschen eine schier unüberwindbare Hürde darstellte. Durch die Abschottung wurde letztendlich auch der wirtschaftliche Rückstand des östlichen Teils Deutschlands nahezu unvermeidbar. Rund 30 Jahre später wurde die Mauer eingerissen und – mit den Worten Willy Brandts gesprochen – es wuchs „zusammen, was zusammen gehört". Im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung malte Helmut Kohl das Bild von „blühenden Landschaften", eine Vision einer lebhaften wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der neuen Bundesländer. Lange Zeit sah es – bis auf einige wenige „Leuchttürme" – wirtschaftlich eher trist aus. Inzwischen hat sich aber einiges getan. In diesem Beitrag wollen wir – jenseits der üblichen, eher abstrakten Daten zu Wertschöpfung – schauen, wie hell die Landschaft denn heute erstrahlt.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung hat sich seit einigen Jahren die Lichtemission der Erde bei Nacht als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung etabliert. Der Vorteil von Satellitendaten besteht in der Objektivität der Daten, der räumlichen Vergleichbarkeit und der vergleichsweise hohen Auflösung von ca. einem Quadratkilometer. Was die Daten eigentlich messen, ist nicht ganz eindeutig: Bevölkerungsdichte, Konsum, Produktion oder gar Pro-Kopf-Einkommen. Fest steht jedoch, dass alle diese klassischen ökonomischen Indikatoren hoch mit den Lichtemissionen korreliert sind. Der Zusammenhang zwischen Lichtemissionen und der wirtschaftlichen Entwicklung ist auf Ebene von Nationalstaaten recht stark. Aber selbst innerhalb Deutschlands findet sich auf regionaler Ebene ein statistisch signifikanter – wenn auch deutlich schwächerer – Zusammenhang (vgl. Lessmann et al. 2015). Insofern können Satellitendaten für ökonomische Studien auch innerhalb hochentwickelter Staaten von Nutzen sein, z. B. auf regionaler Ebene unterhalb von Landkreisen, welche von der amtlichen Statistik kaum erfasst wird.

Die vorhandenen Satellitendaten sind leider nicht ohne Weiteres für einen langfristigen Vergleich seit der Wiedervereinigung geeignet, da das Wettersatellitenprogramm verschiedenen Änderungen unterliegt. Einen konsistenten Datensatz für den Zeitraum 1992 bis 2013 liefert das Defense Meteorological Satellite Program (DMSP). Die Veränderung der Positionierung der kaum steuerbaren, älteren Satelliten relativ zur Erde führt jedoch dazu, dass es ab dem Jahr 2014 keine Nachtlichtbilder mehr im relevanten Zeitraum zwischen 20:00 und 22:00 Uhr gibt. Infolgedessen stehen keine nutzbaren Daten mehr zur Verfügung.[1] Das DMSP wurde 2012 zunächst ergänzt und dann abgelöst von der Suomi National Polar-orbiting Partnership, auf deren Satelliten eine andere Sensortechnologie installiert ist (Visible Infrared Imaging Radiometer Suite, VIIRS). Die neue Technologie hat erhebliche Vorteile in Bezug auf die räumliche Auflösung und eine höhere Sensitivität bei den Messungen. Allerdings können die alten und neuen Daten nicht einfach verglichen werden. Li et al (2020) haben daher die alten Daten des DMSP aus den neuen VIIRS-Daten simuliert, so dass heute eine harmonisierte Zeitreihe von 1992 bis 2018 untersucht werden kann, die aber die schlechteren Eigenschaften des alten Systems in Bezug auf Sensitivität und räumliche Auflösung hat.

STARKER ANSTIEG DER LICHTEMISSIONEN IM OSTEN

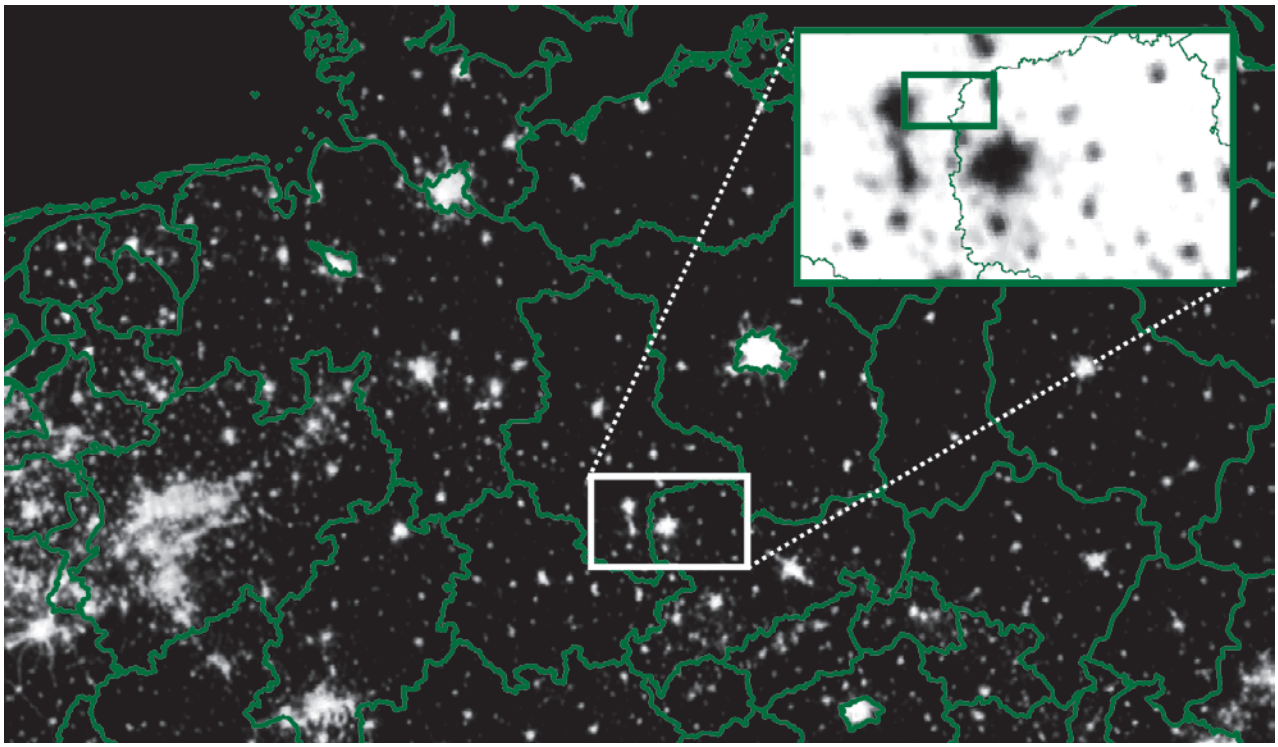
Abbildung 1 zeigt die harmonisierten DMSP/VIIRS-Daten nach Li et al. (2020) für Deutschland nördlich des Mains jeweils für die Jahre 1992 und 2018. In den zugrundeliegenden Karten stehen hellere Punkte für einen höheren Wert der Lichtemissionen.[2] Wenn man die obere und die untere Abbildung vergleicht, sieht man nicht nur, wie sich die Helligkeit um Berlin oder Dresden herum ausdehnt. Auch die Räume um Rostock und Magdeburg wie auch der Südwesten Sachsens sind seit 1992 auf den Satellitenbildern deutlich heller geworden.

Um die Veränderungen über die Zeit besser sichtbar zu machen, zeigen die Abbildungen beispielhaft auch Ausschnittvergrößerungen für den Raum Halle/Leipzig. Für eine möglichst kontrastreiche Darstellung wurden die Helligkeitswerte im Kartenausschnitt invertiert, so dass hier nun dunklere Punkte für höhere Lichtemissionen stehen. Die Lichtemissionen des Raums Halle/Leipzig haben im vorliegenden Zeitraum erheblich zugenommen. Besonders auffällig sind die Zugewinne an Lichtemissionen im Bereich des Flughafens Leipzig-Halle sowie rund um den Chemiepark Leuna. Zusätzlich markiert sind in den Karten die Gewerbegebiete östlich von Halle. Diese umfassen u. a. das Industriegebiet Star Park an der A14 mit Ansied-

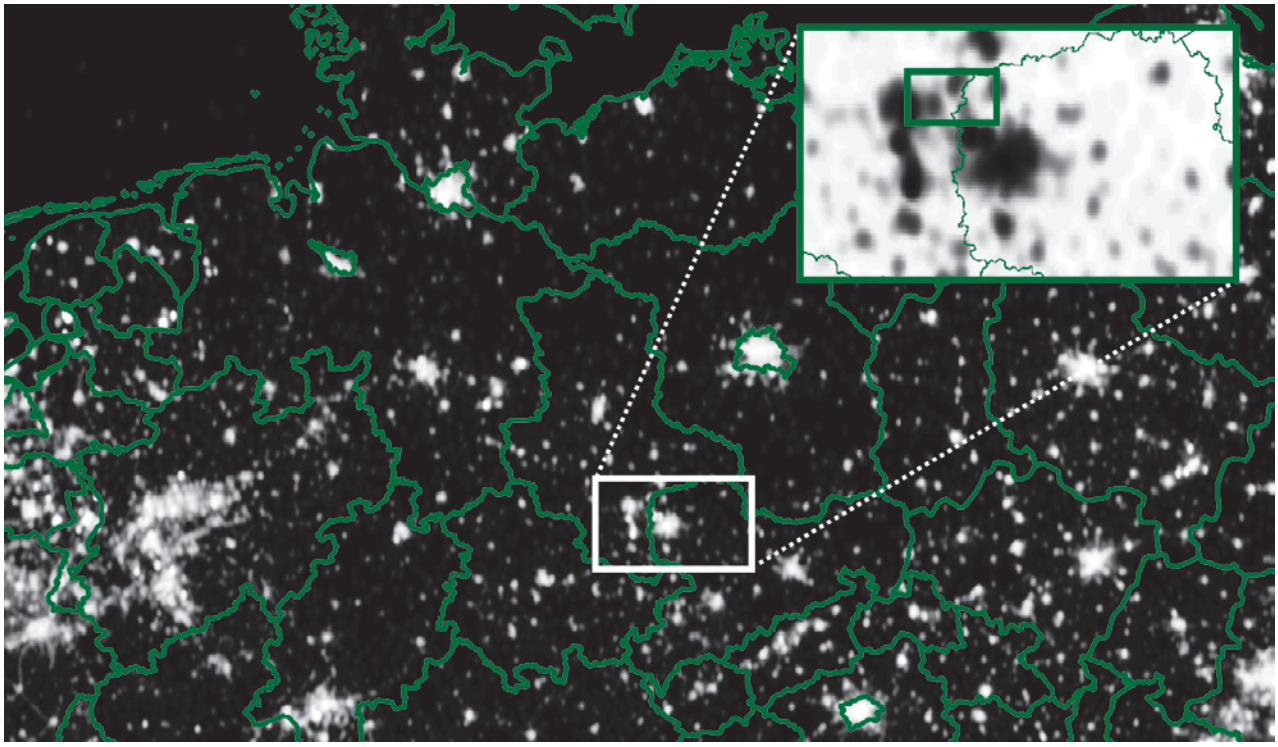
* Prof. Christian Leßmann ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Internationale Wirtschaftsbeziehungen, an der Technischen Universität (TU) Dresden und Forschungsprofessor des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Nachtlichtemissionen in Deutschland nördlich des Mains



1992



2018

Quelle: Li et al (2020), eigene Darstellung.

lungen u. a. von SCHAEFFLER, KÜHNE + NAGEL und DHL, das Gewerbegebiet Queis mit weiteren Logistikunternehmen sowie das Gewerbegebiet Dölbau/Queis mit diversen mittelständischen Unternehmen. An der A9 zum Übergang zur B100 sind ebenfalls verschiedene Gewerbegebiete entstanden und heute hell erleuchtet. Diese Industriegebiete weisen kaum noch freie Flächen auf.

Der Blick aus dem All zeigt erhebliche Veränderungen in den Lichtemissionen und der wirtschaftlichen Aktivität in den neuen Bundesländern. Die Landschaft hat sich ganz erheblich verändert – bei Tag und auch bei Nacht. Wenn es auch in den frühen Jahren der Wiedervereinigung „beleuchtete Wiesen“ gegeben haben mag, so sind doch einige „leuchtende Landschaften“ mit einer lebhaften Wirtschaft entstanden. Zweifelsohne haben nicht alle Regionen dabei gleichermaßen profitiert. Und die Konkurrenz schläft nicht. Eine Betrachtung der Karten im süd-östlichen Bereich zeigt, wie stark die grenznahen Gebiete in der Tschechischen Republik gewachsen sind. Die Stadt Prag fällt heute quasi aus den administrativen Stadtgrenzen heraus. In Polen ist die Entwicklung nicht weniger dynamisch.

LITERATUR

Lessmann, C., Seidel, A. und A. Steinkraus (2015), „Satellitendaten zur Schätzung von Regionaleinkommen – Das Beispiel Deutschland“, ifo Dresden berichtet 22 (06), S. 35-42.

Li, X., Zhou, Y., Zhao, M. und X. Zhao (2020), „ A Harmonized Global Nighttime Light Dataset 1992–2018”, Nature Scientific Data 7 (168).

Määttä, I. und C. Lessmann (2019), „Human Lights”. Remote Sensing 11(19), 2194.

1 Inzwischen hat sich die Flugbahn so verändert, dass wieder Aufnahmen aus den frühen Morgenstunden bei Dunkelheit auch bei DMSP-OLS vorhanden sind. Diese sind aber wegen des anderen Zeitpunkts nicht ohne erhebliche Transformation der Daten nutzenbar. Details unter: https://eogdata.mines.edu/products/dmsp/#extend

2 Bei den DMSP-Daten wird ein Lichtwert zwischen 0 (dunkel) und 63 (sehr hell) zugewiesen, wobei sehr niedrige und sehr hohe Werte wenig aussagekräftig sind. Da insbesondere sehr niedrige Werte störungsanfällig sind (Määttä und Lessmann 2019), werden hier nur Lichtwerte ab einem Wert von DN=10 angezeigt.

*Jan Krahnen, Jörg Rocholl und Marcel Thum**

Grüne Finanzierung und grüne Staatsanleihen – Illusion und Wirklichkeit[1]

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Zum Erreichen der essenziellen Begrenzung der Emissionen steigt in letzter Zeit der Druck auf den Finanzsektor, seinen Beitrag zu leisten. Der Klimawandel ist als Thema zu wichtig, um auf scheinbar einfache Lösungen zu setzen. In der Unternehmenswelt ist eine ökologisch orientierte Anlagepolitik möglich. Sie erfordert aber weitergehende Eingriffe der Investoren in die Geschäftspolitik von Unternehmen. Bei den Staatsfinanzen verbietet sich ein solcher Einfluss der Investoren aus guten, demokratischen Gründen.

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit, die massive gemeinschaftliche Anstrengungen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft erfordert. Wissenschaftler betonen mehr oder weniger unisono, dass es eines umfassenden, weltweiten und unverzüglichen Umsteuerns vor allem bei der Verwendung fossiler Brennstoffe bedarf, um eine Erderwärmung jenseits der Zwei-Grad-Grenze zu vermeiden.

Zum Erreichen der essenziellen Begrenzung der Emissionen steigt in letzter Zeit der Druck auf den Finanzsektor, seinen Beitrag zu leisten. Gerade weil der Klimawandel ein so entscheidendes Thema für diese und die kommenden Generationen ist, ist es wichtig, dass die richtigen Entscheidungen im Finanzsektor getroffen werden. Richtig bedeutet, dass grüne Finanzierung tatsächlich die positiven Folgen aufweist, die Anleger sich von ihr erhoffen. Denn leider ist es so, dass viele Aktivitäten im Bereich Green Finance den Anlegern zwar ein gutes Gewissen verschaffen oder sich als Marketinginstrument für Anbieter eignen mögen, dass sie aber nicht zu einer Minderung der Emissionen führen. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat sich vor diesem Hintergrund mit den entscheidenden Kriterien befasst, ob und wie grüne Finanzierung tatsächlich ihre Wirkung auf die Bekämpfung des Klimawandels entfalten kann.[2]

Vor einer voreiligen und leichtgläubigen Begeisterung für Green Finance können wir nur warnen – nicht etwa, weil wir daran zweifeln, dass eine Begrenzung klimaschädlicher Emissionen dringend notwendig ist, sondern weil diese über die Finanzsphäre nicht ohne Weiteres erreichbar ist. Was heute unter dem Titel „grüne Finanzierung“ verkauft wird, ist häufig sein Geld nicht wert. Das liegt daran, dass es praktisch keine ursächliche Verknüpfung zwischen den sogenannten grünen Finanzierungsinstrumenten und einer tatsächlich grünen Mittelverwendung gibt. Zwei Beispiele mögen dieses grundlegende Argument illustrieren: das eine zu grünen Anlagestrategien, das andere zu grüner Staatsverschuldung.

Für Privatanleger werden heute von vielen Fondsgesellschaften, Banken und Versicherern nachhaltige oder grüne Portfolios angeboten. Damit einhergehen soll nicht nur eine Transformation der Wirtschaft, sondern oftmals wird auch eine erhöhte Rendite versprochen – denn Nachhaltigkeit soll, so heißt es, auf Dauer auch für passive Anleger zu einer höheren Verzinsung führen als konventionelle oder gar „braune“ Kapitalanlagen.

Leider ist das Argument fehlerhaft: Die Zusammenstellung von grünen Aktientiteln, also von Firmen, die ökologisch verantwortlich wirtschaften, führt alleine noch nicht zu einer tatsächlichen Veränderung der Produktion. Ein Unternehmen kann nominell die eigene Produktion in saubere und schmutzige Teilprozesse aufteilen. Formal hat dann vielleicht ein Teil der Anleger die grünen und ein anderer Teil die braunen Produktionsprozesse finanziert. An der gesamten Produktion hat sich aber gar nichts geändert – nur dass die Anleger mit starkem Umweltbewusstsein nun vielleicht ein besseres Gewissen haben. Dasselbe gilt im gesamten Finanzmarkt. Wenn ein Anleger eine braune Aktie verkauft und dafür eine grüne Aktie kauft, dann wird dadurch zwar sein eigenes Portfolio grüner. Aber an der Gesamtemission aller Unternehmen hat sich nichts geändert. Es gilt als Eigenschaft eines global integrierten Finanzmarktes, dass eine Umverteilung existierender Finanztitel zwischen Anlegern im Marktgleichgewicht keine Preiseffekte auslöst. Allenfalls ist aus grüner Anlegersicht mit einem Diversifikationsverlust zu rechnen.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf grüne Staatsanleihen, wie sie seit September 2020 auch in Deutschland für Anleger erhältlich sind. Bei diesen Green Bonds handelt es sich um Wertpapiere, die in jeder Hinsicht identisch zu konventionellen Staatsschuldtiteln sind, außer dass ihnen Staatsausgaben gegenübergestellt werden, die das Etikett „grün“ oder „ESG“ tragen. Erwirbt eine Anlegerin eine derartige grüne Anleihe, kann sie sich dann eine Wirkung auf das Investitionsverhalten des Staates zugutehalten? Die Antwort lautet: nein. Der Kauf einer grünen Anleihe hat den gleichen Effekt wie der Kauf jeder Staatsanleihe: Er ermöglicht dem Staat die Schuldenaufnahme und trägt damit zu jeder einzelnen Position des Haushalts bei. Eine direkte Zurechnung einer bestimmten Anleihe zu einer bestimmten Haushaltsposition, bspw. zu einer besonders kli-

* Jan Krahnen ist Professor für Kreditwirtschaft an der Frankfurter Goethe-Universität, Jörg Rocholl ist Präsident der Wirtschaftshochschule ESMT Berlin und Marcel Thum ist Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

mafreundlichen Ausgabenposition, ist schiere Illusion. Kurz: Einnahmen- und Ausgabenseite des Staatshaushalts sind nicht im Sinne einzelner Bilanzschichten ursächlich miteinander verknüpft.

Die beiden Beispiele zeigen, dass Anleger, die den grünen Anlagemöglichkeiten offensichtlich gerne folgen, in den allermeisten Fällen keine tatsächliche Wirkung auf das Investitionsverhalten von Unternehmen sowie Staat und damit auf die ökologische Verfasstheit der Welt haben.

Diese Überlegungen bringen uns zu den Folgerungen für Anleger, die tatsächlich etwas bewirken wollen und sich nicht mit Wohlfühleffekten zufriedengeben wollen.

Die Hauptfolgerung lautet: Kapitalanleger, die wirkungsvoll ein Ziel verfolgen wollen, können dies im Wesentlichen durch eine Rolle als aktive Anleger erreichen. Aktionäre müssen sich entweder persönlich oder mittelbar über ihre Fondsvertreter aktiv in den Entscheidungsprozess auf Unternehmensebene einbringen. Voraussetzung ist hier allerdings die Bereitschaft, dauerhaft eine verminderte Rendite auf das eingesetzte Kapital zu akzeptieren, denn die Beeinflussung einer Unternehmensleitung in Richtung grünerer oder sozialerer Geschäftspolitik geht in aller Regel zu Lasten der Firmenerträge.

Die zweite Forderung lautet: Anleger, die tatsächlich etwas bewirken wollen, sollten ihre Anlageentscheidung nicht davon abhängig machen, ob ein Unternehmen derzeitig grün oder braun ist. Sondern sie sollten sich darauf konzentrieren, in welchen Unternehmen sie durch ihre Aktivitäten den größten Wandel von brauner zu grüner Geschäftspolitik erzielen können. Denn dieser Wandel könnte am Ende zu einer Reduzierung der Emissionen führen.

Die dritte Folgerung lautet: Grüne Staatsanleihen bleiben ein Scheinbeitrag zu einer „grüneren“ Gesellschaft, solange sich mit der Finanzierung nicht auch eine grünere Politik nachweisen lässt. Im Sinne der oben beschriebenen aktiven Investoren ginge das nur mit erweiterten Mitspracherechten über die Verwendung des Staatsbudgets – in einer Demokratie sind diese Verwendungsentscheidungen aber dem Parlament vorbehalten. Ein Einfluss der Investoren verbietet sich – auch bei guten Absichten zum Klimaschutz.

Fazit: Der Klimawandel ist als Thema zu wichtig, um auf scheinbar einfache Lösungen zu setzen. In der Unternehmenswelt ist eine ökologisch orientierte Anlagepolitik möglich. Sie erfordert aber weitergehende Eingriffe der Investoren in die Geschäftspolitik von Unternehmen. Bei den Staatsfinanzen ist ein solcher Einfluss der Investoren aus guten, demokratischen Gründen nicht wünschenswert.

---

1 Der Text ist zuerst in leicht gekürzter Form am 20. Juni 2021 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erschienen.

2 Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2021), Grüne Finanzierung und Grüne Staatsanleihen – Geeignete Instrumente für eine wirksame Umweltpolitik?, Gutachten 01/2021 vom 29. April 2021.

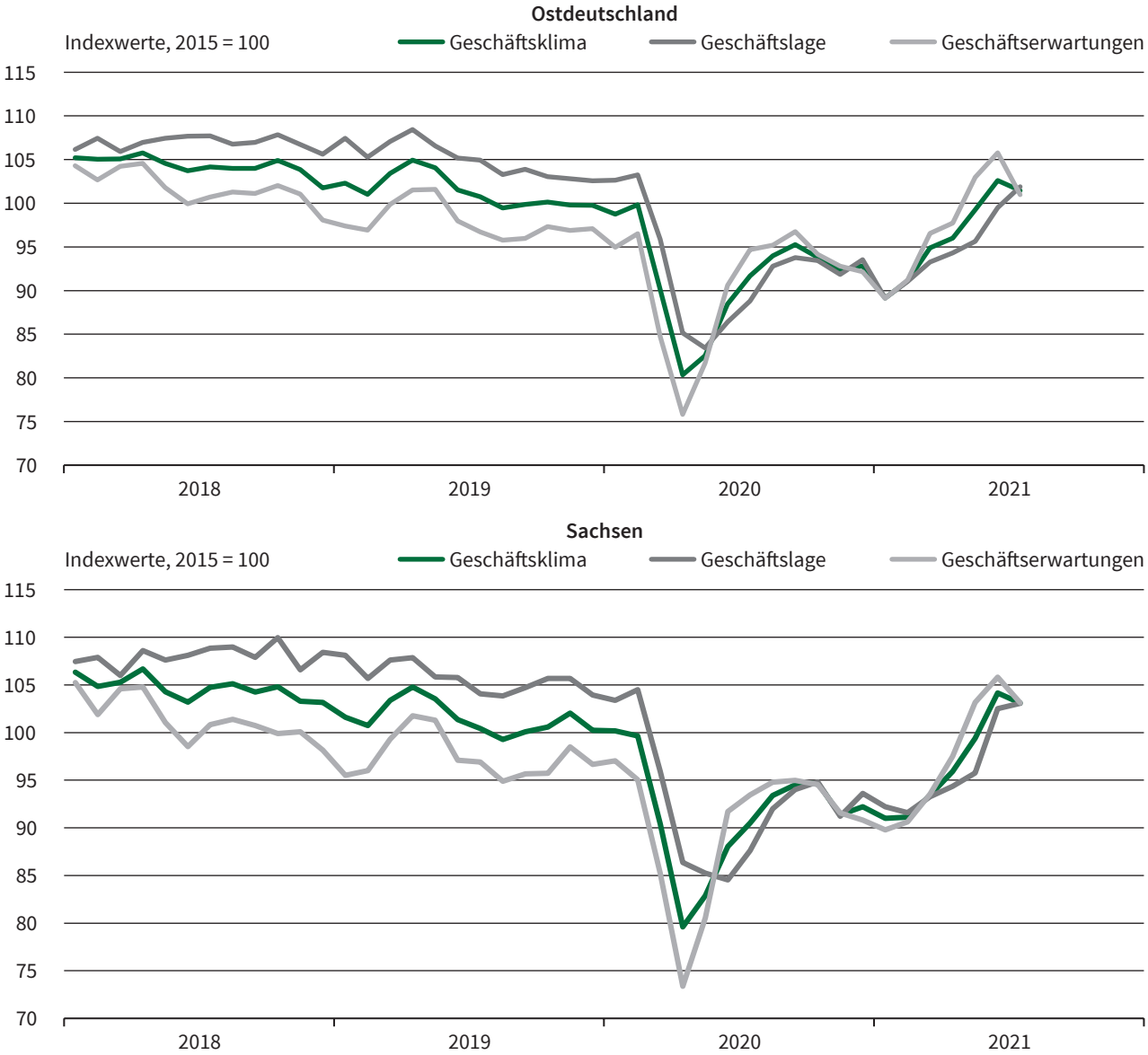
*Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth**

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmer*innen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1

ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



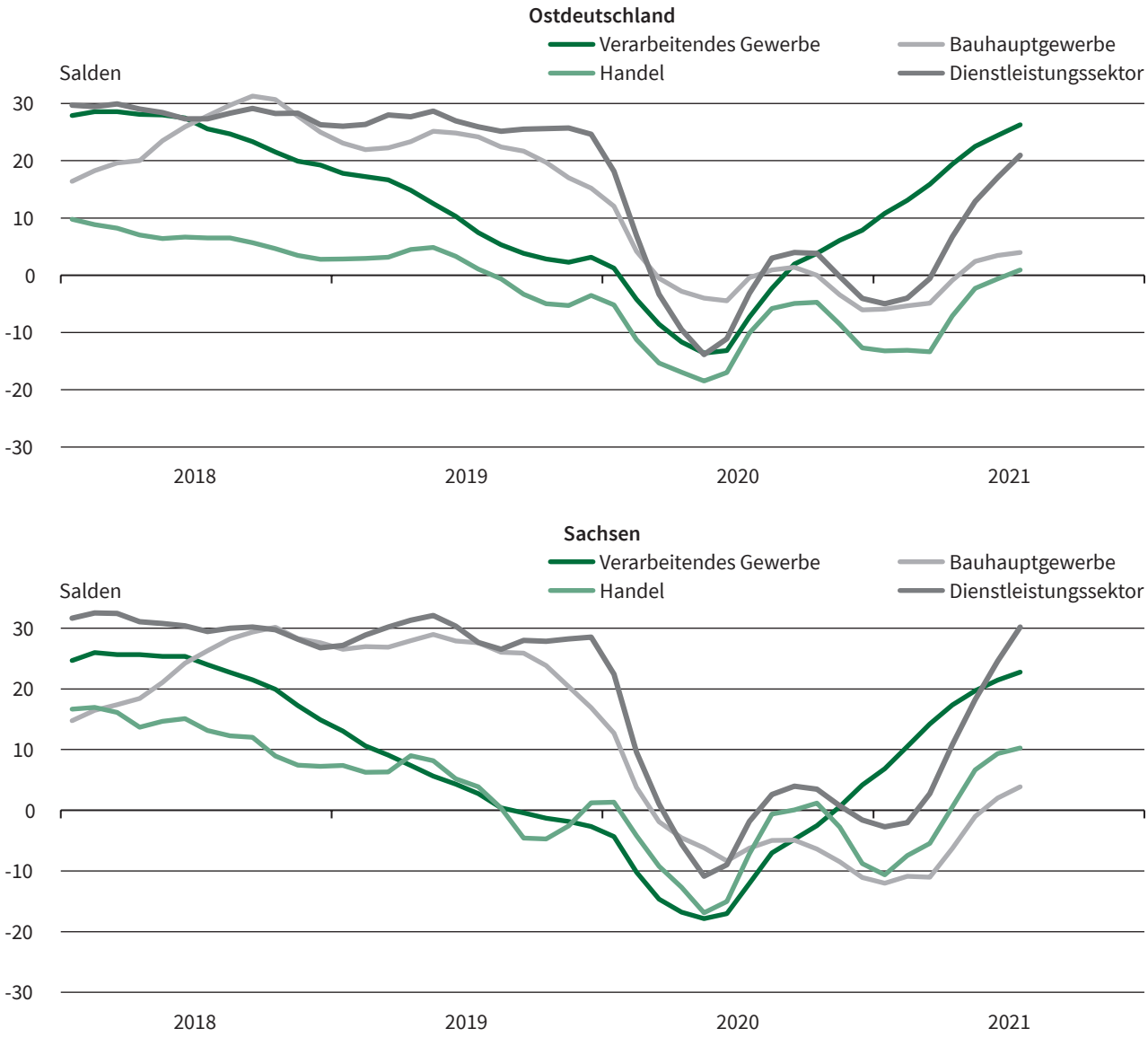
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2021.

© ifo Institut

* Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

Abb. 2

ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

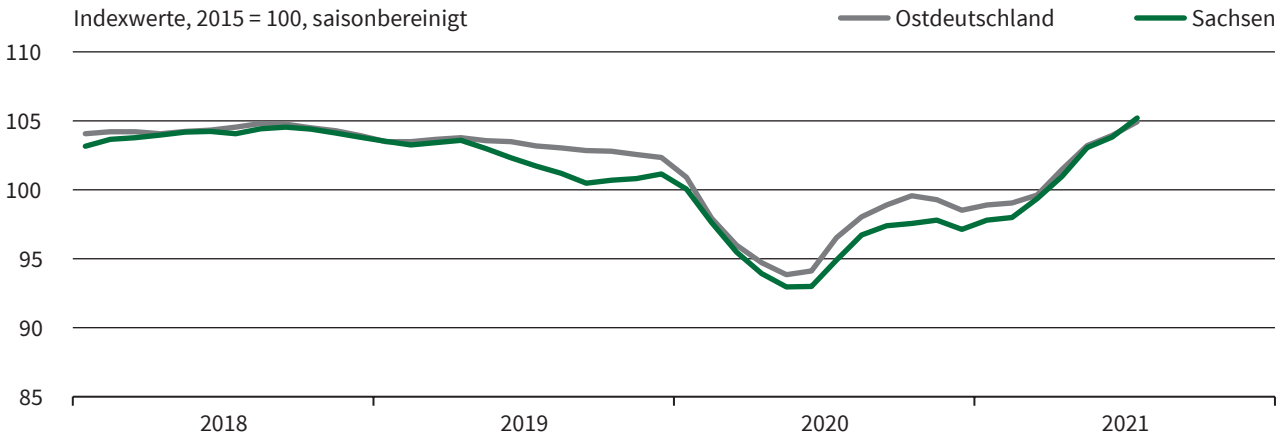


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 3

ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



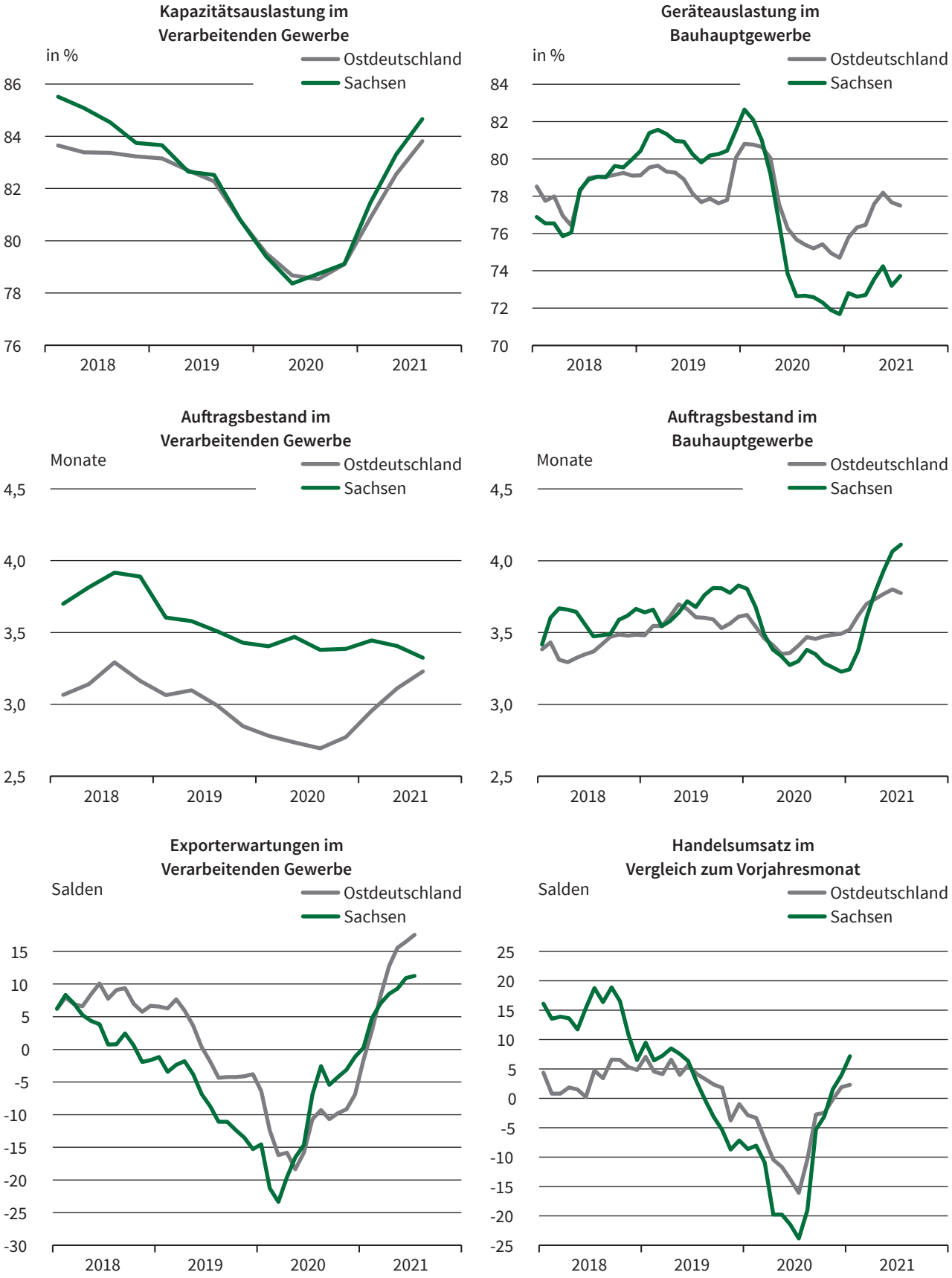
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juli 2021.

© ifo Institut

ifo Veranstaltungen

Am **10. September 2021** veranstaltet die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts den **11th ifo Dresden Workshop on Regional Economics**. Der Workshop bietet die Möglichkeit zum Austausch aktueller Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Regionalökonomie, insbesondere für junge Forscher*innen. Das Themenspektrum umfasst Fragen zum regionalen Strukturwandel, zur politischen Ökonomie, Wirtschaftsgeschichte sowie Finanzwissenschaft. Willkommen sind insbesondere empirische Paper, die sich Kausalmethoden in einem räumlichen Kontext bedienen, natürliche Experimente nutzen oder aktuelle Geodaten und die damit verbundenen Methoden anwenden.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Geschwind, Stephan und Felix Rösel (2021), Taxation under Direct Democracy, CESifo Working Paper No. 9166, Juni 2021.

Pilny, Adam und Felix Rösel (2021), „Personalfluktuation in deutschen Krankenhäusern: Jeder sechste Mitarbeiter wechselt den Job“, in: Klauber, Jürgen, Wasem, Jürgen, Beivers, Andreas und Carina Mostert (Hrsg.), Krankenhaus-Report 2021, Springer, Berlin, S. 267-275.

Ragnitz, Joachim (2021), „Wege entstehen beim Gehen! – Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor einem nachhaltigen Umbau“, Wirtschaft + Markt, Frühjahr/Sommer 01/2021, S. 18-19.

Ragnitz, Joachim, Rösel, Felix und Marcel Thum (2021), „Soziale Sicherungssysteme nachhaltig finanzieren“, ifo Schnelldienst 74 (07), S. 24-27.

Ragnitz, Joachim, Rösel, Felix, Thum, Marcel und Martin Werding (2021), Rentenpolitik im Schatten der Babyboomer. Ein Gutachten erstellt im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, vorgelegt vom ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., Niederlassung Dresden, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam-Babelsberg.

ifo Vorträge

Ragnitz, Joachim, „Corona und die Wirtschaft“, Vortrag anlässlich einer Ringvorlesung der TU Darmstadt, 21. Juni 2021 (Online).

Ragnitz, Joachim, „Bilanz vergangener Transformationen: Herausforderungen und interpersonelle Verteilungsfolgen – Erfahrungen aus Ostdeutschland“, Vortrag anlässlich einer Veranstaltung des Progressiven Zentrums (Berlin) zum Thema Transformation, 24. Juni 2021 (Online).

Bauer, David, „Trade in Corrupt Economies: Beneficial, but Restrictive”, Vortrag bei der 11. Sommerkonferenz der Gesellschaft für Regionalforschung (GfR), 1. Juli 2021, Braunschweig, (Online-Vortrag).

Joachim Ragnitz, „Zwischenfazit und Lehren aus der Corona-Pandemie“, Vortrag beim Wirtschaftspolitischen Beirat des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, 19. Juli 2021, Dresden.

Rösel, Felix und Marcel Thum (gemeinsam mit Sabine Falke und Ria Schröder), „Rentenpolitik im Schatten der Babyboomer“, Webtalk der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Landesbüro Nordrhein-Westfalen, 21. Juli 2021 (Online).

Rösel, Felix, „Forced Migration, Staying Minorities, and New Societies: Evidence from Post-War Czechoslovakia“, Vortrag auf Einladung der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich, 26. Juli 2021, Zürich (Schweiz), (Online-Vortrag).

Ragnitz, Joachim, „Zur Wahrnehmung der Deutschen Einheit in der Bevölkerung Ost- und Westdeutschlands heute, Vortrag auf der 10. Sitzung des Deutsch-Koreanischen Konsultationsgremiums zu Vereinigungsfragen zum Thema „30 Jahre Deutsche Einheit und ihre Wahrnehmung in der Bevölkerung“, 5. August 2021.

Ragnitz, Joachim, „Wird auf den Schultern des Mittelstandes die finanzielle Last der Corona-Schuldenkrise abgeladen?“, Podiumsdiskussion der Wilhelm-Külz-Stiftung, 11. August 2021, Dresden.

ifo in den Medien (Auswahl)

„Nur Bruchteil der Corona-Hilfen abgerufen“, Sächsische Zeitung, 18. Juni 2021, S. 21.

„Warum grüne Geldanlage nichts taugt – Es mag ein gutes Gewissen verschaffen, sein Geld ökologisch zu investieren. Dem Klima ist damit aber nicht gedient“, Jan Krahnen, Jörg Rocholl und Marcel Thum, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20. Juni 2021, S. 29.

„ifo erwartet deutliche Erholung der Ost-Wirtschaft“, MDR aktuell und mdr.de, 23. Juni 2021.

„Sachsens Wirtschaft erholt sich rasch von Corona“, Sächsische Zeitung, 24. Juni 2021, S. 1.

„Verhaltener Optimismus für den Osten – Dresdner ifo-Institut geht von schneller Erholung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern aus“, Neues Deutschland, 24. Juni 2021, S. 7.

„ifo-Institut sieht keinen Zusammenhang zwischen Mobilität und Corona-Inzidenz – Joachim Ragnitz sieht Forschungsbedarf hinsichtlich regionaler Unterschiede“, Wirtschaftszeitung Nr. 10, Heft 2/2021, S. 26.

„Wohin mit den Milliarden nach der Braunkohle? – Der Kohleausstieg ist für Sachsen eine Herausforderung. Der Bund hilft beim Strukturwandel, doch es gibt Zweifel, ob die Mittel richtig eingesetzt werden“, Interview mit Joachim Ragnitz, Leipziger Volkszeitung und Dresdner Neueste Nachrichten, 3. Juli 2021, S. 1.

„Kohle-Reviere: Es geht nur um technologische Erneuerung“, Gastbeitrag von Joachim Ragnitz in der Sächsischen Zeitung, 23. Juli 2021, S. 21.

„Hilft eine Versicherungspflicht?“, Gastbeitrag von Clemens Fuest und Marcel Thum, Handelsblatt, 28. Juli 2021, S. 48.

Hinweis für externe Autor*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen.
Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leser*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker*innen vor allem Entscheider*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

ifo INSTITUT
Niederlassung Dresden